

# Monitor öffentlicher Dienst 2021



**dbb**  
beamtenbund  
und tarifunion

MEHR WISSEN ALS ANDERE. BESTELLEN SIE JETZT.

# Zeitschrift für Personalvertretungsrecht

Die „ZfPR“ berichtet kontinuierlich über aktuelle Rechtsprechung. Sie ergänzt wichtige Entscheidungen um Kommentare und Aufsätze von Richtern, Anwälten, Wissenschaftlern sowie anderen Fachleuten.

Die Fachzeitschrift bietet Ihnen praxisbezogene Lösungsvorschläge für die Personalratsarbeit und erklärt wichtige Begriffe des Personalvertretungsrechts.



DBB Verlag GmbH  
Friedrichstraße 165  
10117 Berlin

Telefon: 030/7 26 19 17-24  
Telefax: 030/7 26 19 17-40  
E-Mail: zeitschriften@dbbverlag.de  
Internet: [www.dbbverlag.de](http://www.dbbverlag.de)  
Onlineshop: [shop.dbbverlag.de](http://shop.dbbverlag.de)

**Jahresabonnement\*: € 58,40**

(zzgl. 4,75 € Versandkosten)

4 × jährl. Printausgabe „ZfPR“

+ 11 × jährl. Onlineausgabe

\* inklusive digitalem Archiv ZfPR *PORTAL*  
unter [www.zfpr.de](http://www.zfpr.de) und Rechtsprechungsdienst ZfPR *online*

**Einzelheft: € 16,40**

(zzgl. 1,40 € Versandkosten)

# Monitor öffentlicher Dienst 2021



**dbb**  
beamt**en**bund  
und tar**if**union

## **IMPRESSUM**

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion  
Friedrichstraße 169 · 10117 Berlin

Redaktion: Jan Brenner

Gestaltung: Benjamin Pohlmann

Fotos: Syda Productions/Colourbox.de, DI Studio/Colourbox.de, crevis/stock.adobe.com,  
Bruce Mars/Unsplash.com, Markus Spiske/Unsplash.com, Colourbox.de

Herstellung: DBB Verlag GmbH  
Friedrichstraße 165 · 10117 Berlin

Anzeigenverkauf: DBB Verlag GmbH · Mediacenter  
Dechenstraße 15 a · 40878 Ratingen

Stand: November 2020

# Vorwort

Mit dem dbb Monitor öffentlicher Dienst liegt eine detaillierte Faktensammlung zu wichtigen Kennzahlen des öffentlichen Sektors in Deutschland vor. Das zusammengetragene statistische Zahlenmaterial erlaubt Rückschlüsse auf drängende Probleme, ohne zu werten. Zum Beispiel fehlen dem öffentlichen Dienst rund 300 000 Beschäftigte. Das ist im Alltag schon fatal. In einer Krise wie der Coronapandemie ist es schlicht dramatisch, zumal es nur durch den Einsatz vieler Menschen im öffentlichen Dienst gelungen ist, die Ausbreitung der Pandemie deutlich einzugrenzen und deren Folgen abzumildern. Daraus müssen jetzt Lehren gezogen werden, denn der Personalmangel hat auch Auswirkungen auf die Sichtweisen der Bevölkerung auf die öffentliche Hand oder auf die Konkurrenzsituation zu den öffentlichen Diensten in anderen europäischen Ländern. Darüber hinaus liefert die Broschüre eine schnelle Orientierung über die aktuelle Situation der Auszubildenden im öffentlichen Dienst und informiert über die Entwicklung der Frauenanteile in Führungspositionen.

Der Monitor öffentlicher Dienst ermöglicht einen objektiven Überblick über die wichtigsten Eckdaten und liefert eine



belastbare Datengrundlage. Sie soll den vertiefenden Blick in Fachbücher nicht ersetzen, die zu allen Themen des Tarif- und Beamtenrechts des Bundes und der Länder über den DBB Verlag ständig aktualisiert erhältlich sind. Aufbauend auf den jeweils neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter, auf Informationen der Bundesministerien und auf eigenen Berechnungen bleibt der Monitor öffentlicher Dienst als schnelles Nachschlagewerk mit seinen Zahlen, Daten und Fakten unverzichtbar. Ich hoffe, unser neues Layout gefällt und die Broschüre beantwortet möglichst viele Ihrer Fragen. Darüber hinaus steht Ihnen für Anfragen und Informationen natürlich auch die Pressestelle des dbb zur Verfügung.

Ulrich Silberbach,  
Bundesvorsitzender

# Monitor öffentlicher Dienst

■ <b>Vorwort</b>	5
■ <b>Personal und Entwicklung</b>	
• Personalstatistik	10
• Beschäftigte im öffentlichen Dienst	11
• Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nach Bundesländern	12
• Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nach Einstufungen und Beschäftigungsbereichen	15
• Stellen im gesamten öffentlichen Dienst nach Aufgabenbereichen	17
• Frauenanteil der Stellen im gesamten öffentlichen Dienst nach Aufgabenbereichen	18
• Versorgungsempfänger nach Besoldungsgruppen	19
• Rentenempfänger des öffentlichen Dienstes	19
• Personalentwicklung im öffentlichen Dienst	20
• Personalausgaben des Bundes in % des Gesamthaushaltes	21
• Frauen in Führungspositionen der obersten Bundesbehörden	21
• Frauenanteil in den obersten Bundesbehörden	22
• Teilzeitanteile der Frauen in den obersten Bundesbehörden	23
• Kürzel Ministerien und Behörden	23
• Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nach Alter und Beschäftigungsbereichen	24
• Befristungen 2007–2018	26
• Auszubildende bei Bund, Ländern und Gemeinden	27
• Auszubildende im Landesbereich gesamt	28
• Auszubildende im kommunalen Bereich	29
<b>Der öffentliche Dienst im europäischen Vergleich</b>	
• Beschäftigtenentgelte der Staaten in % des Bruttoinlandsprodukts EU-28	30
• Anteil der Beschäftigung im öffentlichen Dienst an der Gesamtbeschäftigung	31
• Leistungsfähigkeit der öffentlichen Dienste	32
• Nutzer von digitalen Behördendienstleistungen	34
• Anteil der digitalen Behördendienstleistungen, die digital abgeschlossen werden	34
• Objektivität und Unparteilichkeit der öffentlichen Dienste	35
• OECD-Vergleich des Vertrauens in den Staat	36

<b>■ Das Bild des öffentlichen Dienstes in der Öffentlichkeit</b>	
• Beruferanking 2020	40
• „Gewinner“ und „Verlierer“ im Beruferanking seit 2007	41
• Das Beamtenprofil 2020	41
• Bewertung einzelner Behörden	42
• Meinungen zur Handlungsfähigkeit des Staates	43
• Überforderung des Staates	44
• Verrohung der Gesellschaft	45
<b>■ Beamtinnen und Beamte</b>	
• dbb Besoldungsmonitor	52
• Fallbeispiele	53
• Familienzuschläge	54
• Anwärtergrundbeträge	56
• Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten	57
• Mehrarbeitsvergütung	58
• Stellenzulage	59
• Überblick über die Sonderzahlungen im Bund und in den Ländern	60
• Arbeitszeit	64
• Urlaub	65
• Beihilfe	65
• Versorgung	66
<b>■ Tarifbeschäftigte</b>	
• Entgelte für Tarifbeschäftigte	70
• Zulagen und Zuschläge	72
• Arbeitszeit und Urlaub	74





Personal und  
Entwicklung

## Personalstatistik

<b>Beamte* (inkl. 170.575 Soldaten)</b>	<b>1.873.750</b>	<b>38,36 %</b>
<b>Tarifangehörige**</b>	<b>3.011.080</b>	<b>61,64 %</b>
Frauen	2.797.965	57,28 %
Männer	2.086.865	42,72 %
<b>Teilzeitbeschäftigte</b>	<b>1.615.965</b>	<b>33,08 %</b>
Frauen	1.364.850	84,46 %
Männer	251.115	15,54 %

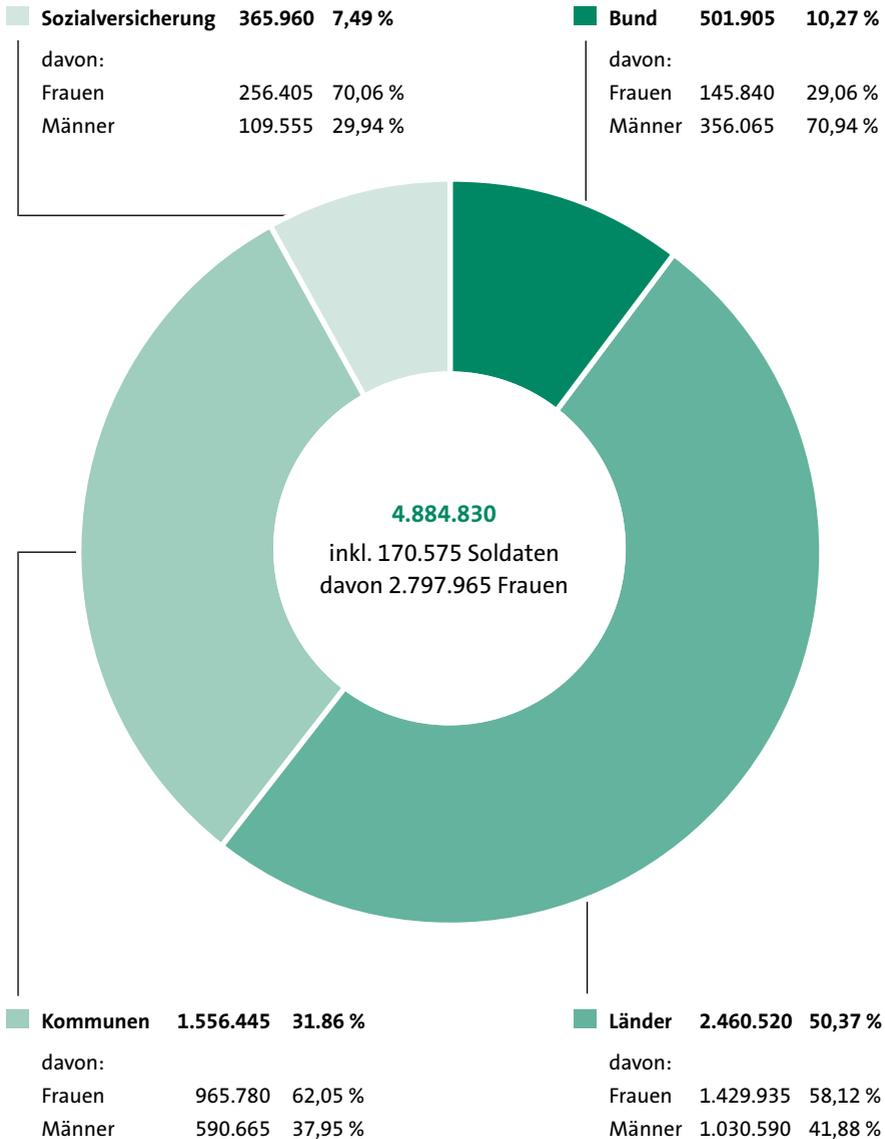
Stand: 30. Juni 2019, Zahlenmaterial Statistisches Bundesamt, wenn nicht anders genannt, Rundungsdifferenzen möglich

\* Beamte, Richter, Bezieher von Amtsgehalt

\*\* Einschl. Dienstordnungs-Angestellte in der Sozialversicherung

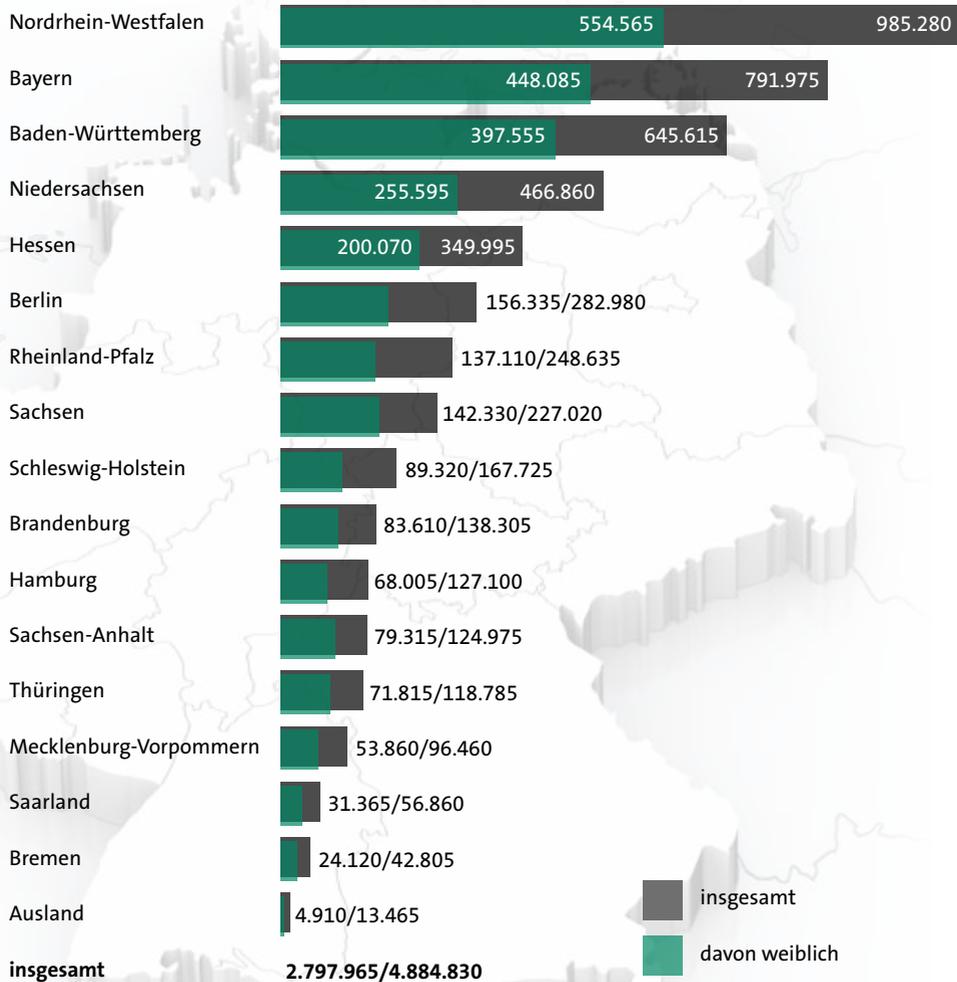
Die Geheimhaltung wurde hier wie in den folgenden Tabellen durch 5er-Rundung der Zahlen berücksichtigt, dabei kann es zu Rundungsdifferenzen in den Summen kommen.

## Beschäftigte im öffentlichen Dienst: 4.884.830



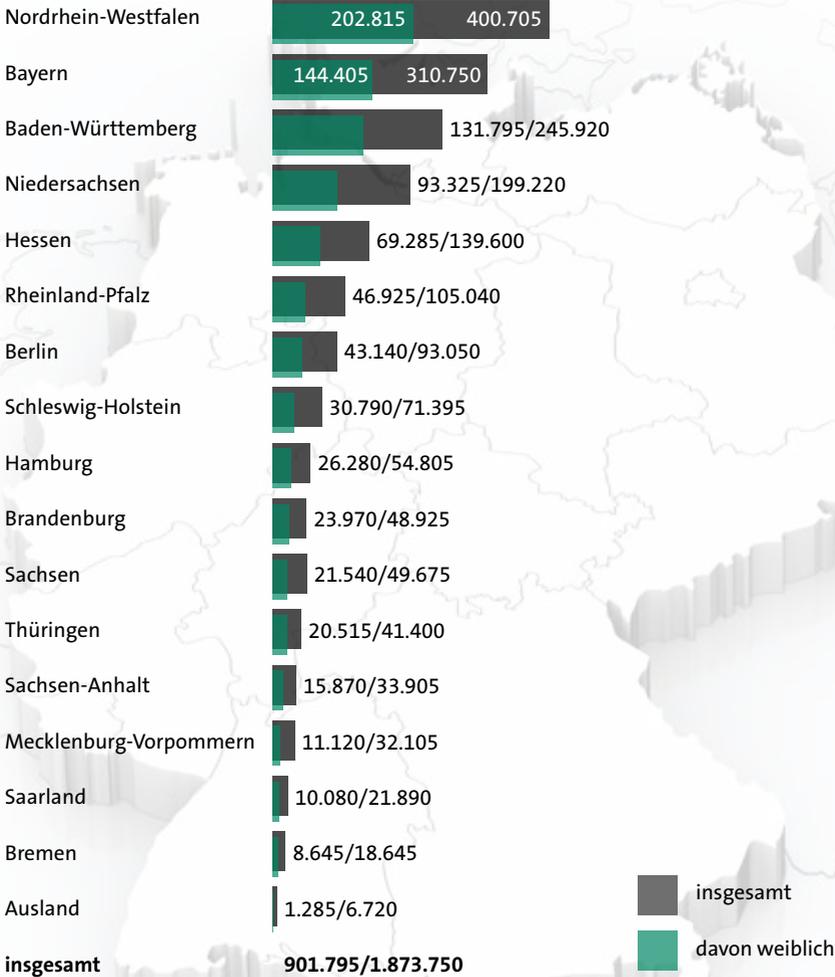
## Beschäftigte des öffentlichen Dienstes am 30. Juni 2019 nach Bundesländern

### In absoluten Zahlen



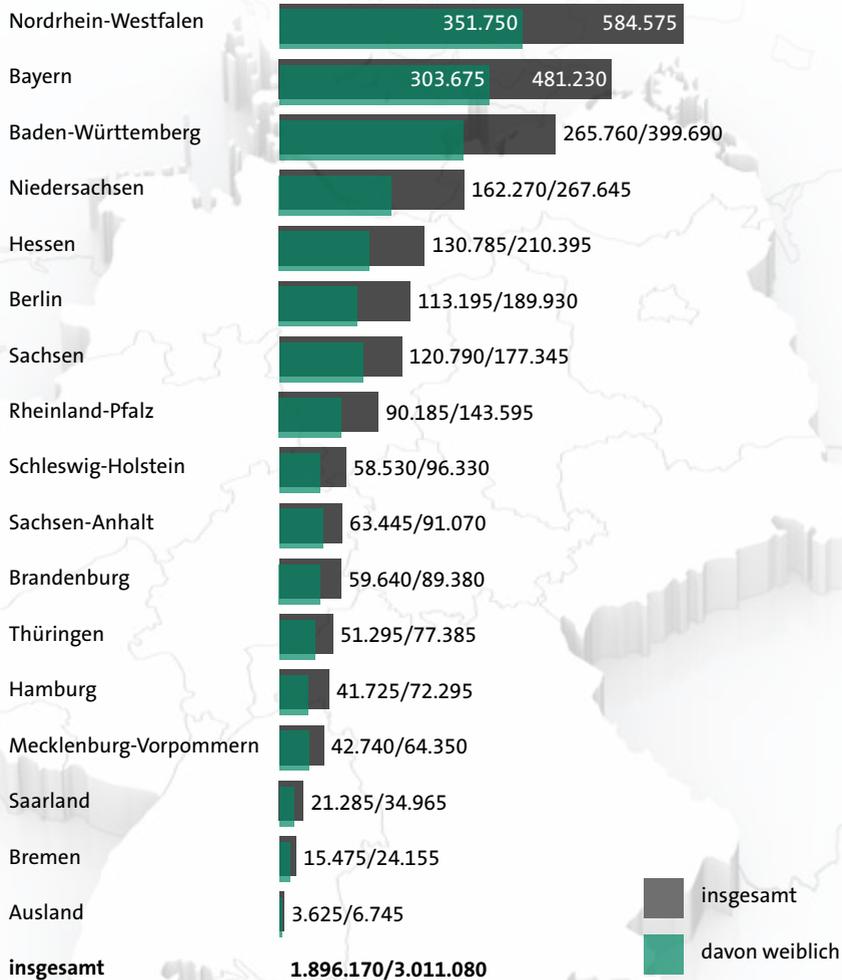
## Beschäftigte des öffentlichen Dienstes am 30. Juni 2019 nach Bundesländern

### Beamte, Richter und Soldaten



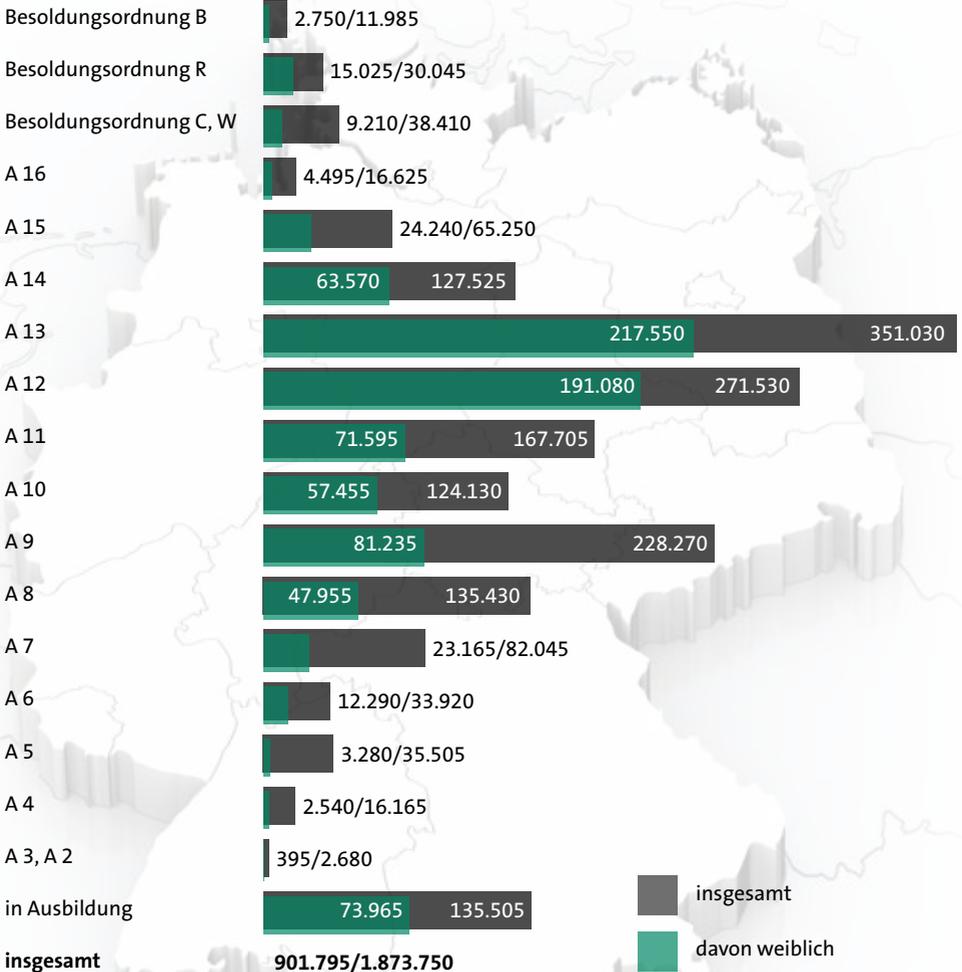
## Beschäftigte des öffentlichen Dienstes am 30. Juni 2019 nach Bundesländern

### Arbeitnehmer



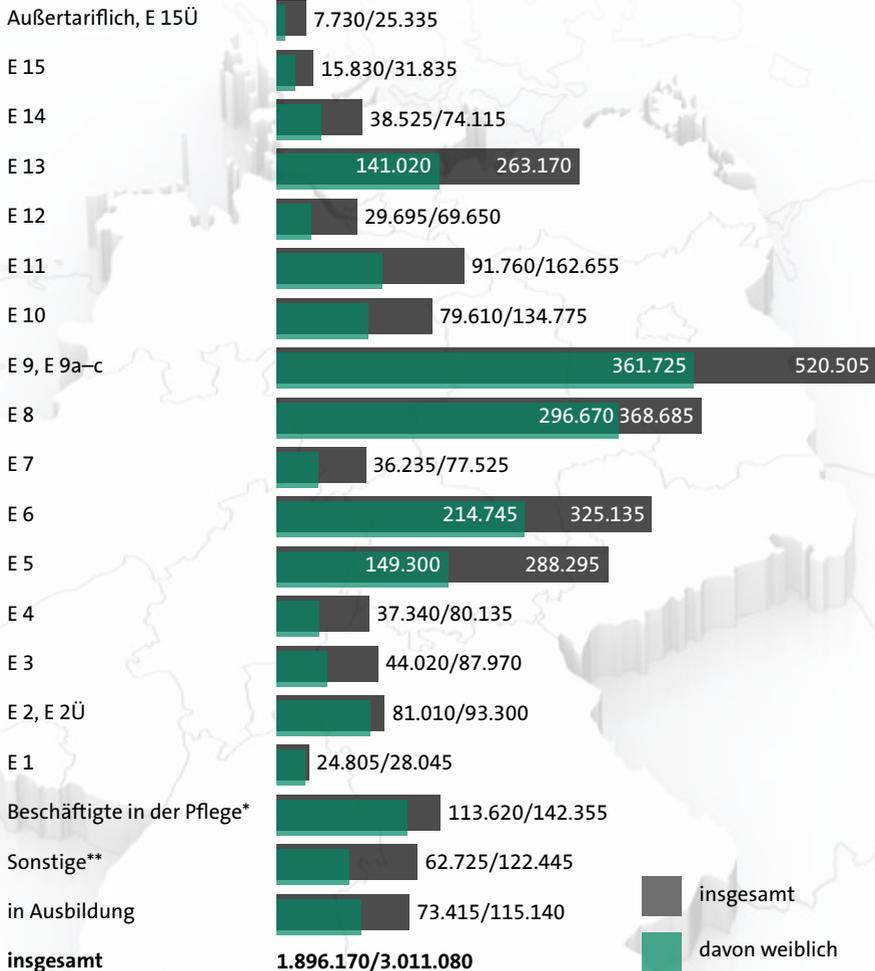
## Beschäftigte des öffentlichen Dienstes am 30. Juni 2019 nach Einstufungen und Beschäftigungsbereichen

### Beamte, Richter und Soldaten



## Beschäftigte des öffentlichen Dienstes am 30. Juni 2019 nach Einstufungen und Beschäftigungsbereichen

### Arbeitnehmer



\* Beschäftigte in der Pflege, die nach den Entgeltgruppen der P-Tabelle (TVÖD/VKA) oder Kr-Anwendungstabelle (TV-L/TVÖD-Bund) eingruppiert sind oder für Zwecke dieser Statistik diesen zugeordnet werden.

\*\* Beinhaltet alle Tarifverträge, die nicht dem TVöD zugeordnet wurden, und einzelvertragliche Beschäftigungsverhältnisse sowie Dienstordnungsangestellte in der Sozialversicherung.

## Stellen im gesamten öffentlichen Dienst am 30. Juni 2019 nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	insgesamt	Beamte	Arbeitnehmer
<b>insgesamt</b>	<b>4.884.830</b>	<b>1.873.750</b>	<b>3.011.080</b>
Allgemeine Dienste	1.630.450	982.390	648.060
darunter:			
Politische Führung und zentrale Verwaltung	514.110	153.495	360.615
Auswärtige Angelegenheiten	9.440	2.945	6.500
Verteidigung	239.610	194.045	45.565
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	495.105	351.730	143.375
darunter Polizei	334.320	286.455	47.865
Rechtsschutz	182.760	119.170	63.590
Finanzverwaltung	189.425	161.015	28.410
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	1.689.375	727.130	962.240
darunter:			
Allgemeinbildende und berufliche Schulen	959.970	645.740	314.230
Hochschulen	575.885	58.945	516.940
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	836.565	67.075	769.490
darunter:			
Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII	248.805	1.585	247.220
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	255.920	14.120	241.800
darunter:			
Krankenhäuser und Heilstätten	142.585	855	141.730
Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	127.895	18.100	109.790
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	45.020	13.605	31.415
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	156.135	14.725	141.410
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	133.210	35.035	98.175
Finanzwirtschaft	10.265	1.565	8.700

## Frauenanteil der Stellen im gesamten öffentlichen Dienst am 30. Juni 2019 nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	insgesamt	Beamte	Arbeitnehmer
<b>insgesamt</b>	<b>2.797.965</b>	<b>901.795</b>	<b>1.896.170</b>
Allgemeine Dienste	730.870	336.240	394.635
darunter:			
Politische Führung und zentrale Verwaltung	297.720	76.885	220.835
Auswärtige Angelegenheiten	4.500	1.020	3.480
Verteidigung	44.325	26.290	18.030
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	168.915	85.220	83.695
darunter Polizei	97.980	71.310	26.670
Rechtsschutz	107.925	59.175	48.755
Finanzverwaltung	107.485	87.650	19.835
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	1.111.950	491.650	620.300
darunter:			
Allgemeinbildende und berufliche Schulen	692.775	459.550	233.225
Hochschulen	324.355	18.170	306.185
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	654.745	42.895	611.850
darunter:			
Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII	234.755	1.185	233.570
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	161.040	6.750	154.290
darunter:			
Krankenhäuser und Heilstätten	104.570	405	104.170
Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	46.590	6.995	39.595
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	15.900	3.585	12.315
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	43.995	5.505	38.490
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	28.070	7.465	20.605
Finanzwirtschaft	4.805	705	4.095

## Versorgungsempfänger nach Besoldungsgruppen\*

Besoldungsgruppen (i = insgesamt, w = weiblich)		insgesamt	Empfänger von		
			Ruhegehalt	Witwen-/ Witwergeld	Waisengeld
B 11–A 14, R, W, C	i	367.295	288.440	74.380	4.475
	w	129.795	56.055	71.625	2.115
A 13–A 10	i	720.410	592.675	118.665	9.070
	w	351.440	241.800	105.275	4.365
A 9–A 6	i	529.170	387.745	134.210	7.215
	w	215.040	81.555	129.970	3.515
A 5–A 1	i	73.240	44.390	27.335	1.515
	w	37.490	9.795	26.935	760
<b>insgesamt</b>	<b>i</b>	<b>1.690.110</b>	<b>1.313.250</b>	<b>354.595</b>	<b>22.270</b>
	<b>w</b>	<b>733.765</b>	<b>389.200</b>	<b>333.810</b>	<b>10.755</b>

\* Stand 1. Januar 2019

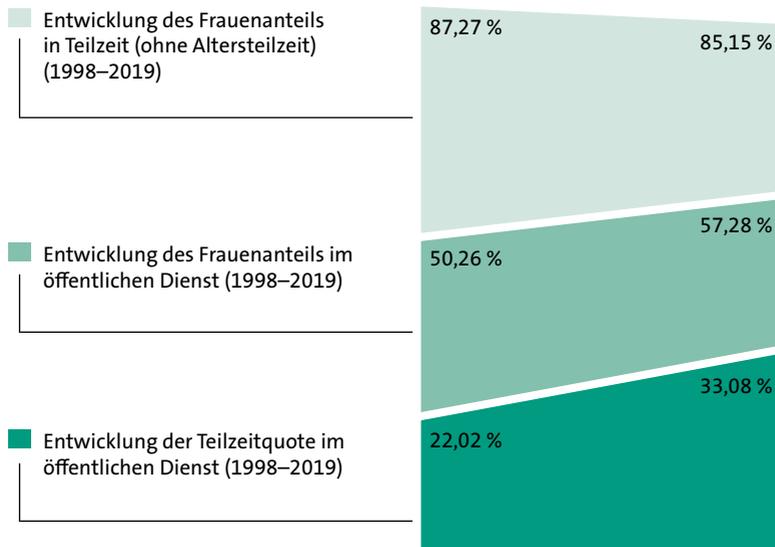
## Rentenempfänger des öffentlichen Dienstes

Rentenempfänger AKA*	1.659.772 (davon ca. 1.178.438 Frauen)
Rentenempfänger VBL**	1.386.591 (davon ca. 838.887 Frauen)

\* AKA = Arbeitsgemeinschaft kommunale und kirchliche Altersversorgung, Stand: 31. Dezember 2019

\*\* VBL = Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Stand: 31. Dezember 2019 im Tarif  
„VBL Klassik“ inkl. Hinterbliebenenrente

## Personalentwicklung im öffentlichen Dienst

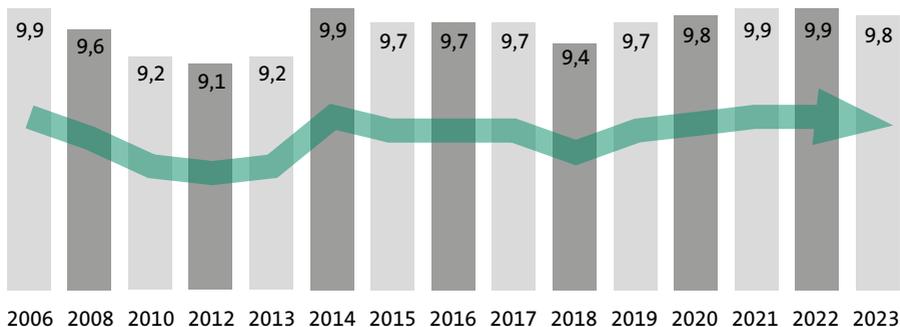


### Stellenabbau im öffentlichen Dienst bei Bund, Ländern, Kommunen\* (1991–2019)

	1991	2001	2019	Entwicklung
Bund	652.000	493.800	501.900	-150.100
Länder	2.572.000	2.178.900	2.460.500	-111.500
Kommunen	1.995.900	1.469.700	1.556.400	-439.500
<b>insgesamt</b>	<b>5.219.900</b>	<b>4.142.400</b>	<b>4.518.800</b>	<b>-701.100</b>

\* Nur noch bedingt vergleichbar, da Berechnungsgrundlage geändert; tatsächlicher Abbau von Stellen im öffentlichen Dienst größer.

## Personalausgaben des Bundes in % des Gesamthaushaltes



Stand: Juni 2019; ab 2019: Schätzung

Quelle: Finanzbericht 2020 BMF

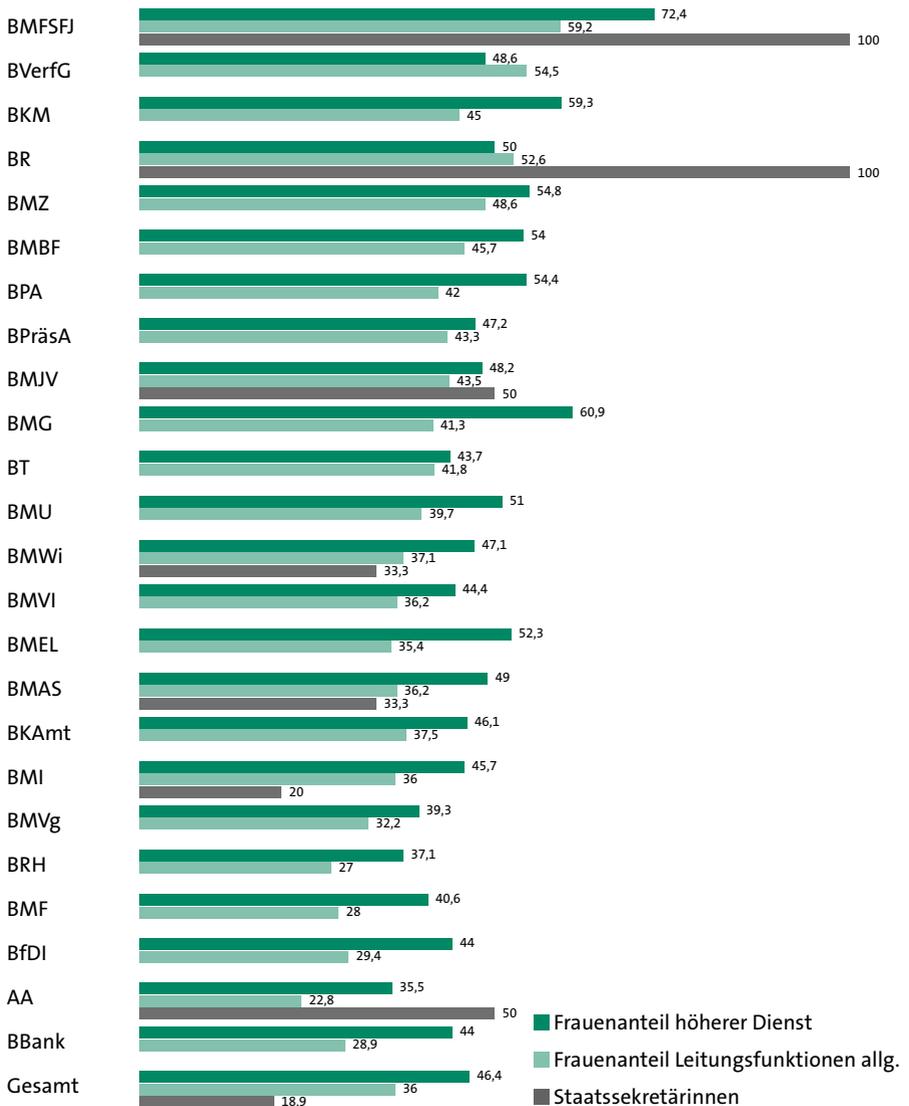
## Frauen in Führungspositionen der obersten Bundesbehörden

In den obersten Bundesbehörden werden Vorgesetzten- oder Leitungsaufgaben vorwiegend von Beschäftigten des höheren Dienstes wahrgenommen. Insgesamt, das heißt zunächst unabhängig von Vorgesetzten- oder Leitungsaufgaben, waren in dieser Laufbahngruppe zum 30. Juni 2018 nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes in den obersten Bundesbehörden (ohne BBank) 10.233 Personen beschäftigt, von denen 45 % weiblich waren. Mit Ausnahme des BMZ und des BMFSFJ lag in jeder anderen obersten Bundesbehörde der Frauenanteil im höheren Dienst unter dem Frauenanteil aller dort Beschäftigten. 15 der 23 obersten Bundesbehörden sowie die BBank beschäftigten weniger Frauen als Männer im höheren Dienst. Deutlich

unterrepräsentiert waren weibliche Beschäftigte im höheren Dienst vor allem beim AA mit 35 %, beim BMVg mit 37 % und beim BRH sowie bei der BfDI mit jeweils 38 %. Die Spitzenpositionen hinsichtlich des Frauenanteils im höheren Dienst nahmen hingegen – wie auch beim Frauenanteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl – das BMFSFJ mit 73 % ein, gefolgt vom BMG mit 61 %. Ebenfalls mehr Frauen als Männer im höheren Dienst beschäftigten das BPA mit 56 %, das BMZ mit einem Anteil von 55 %, die BKM mit 54 % und das BMBF mit 52 %. Das BMEL und das BVerfG erreichten im höheren Dienst jeweils ein ausgeglichenes Verhältnis von Frauen und Männern.

## Frauenanteil in den obersten Bundesbehörden

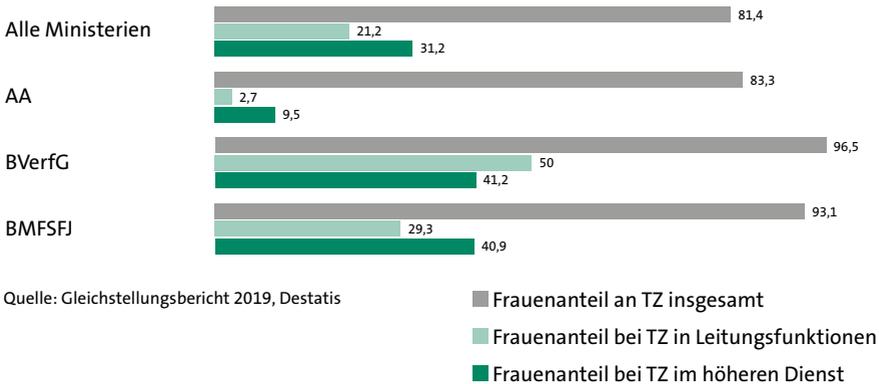
### Angaben in %



Quelle: Gleichstellungsindex 2019, Destatis

## Teilzeitanteile der Frauen in den obersten Bundesbehörden

### Angaben in %

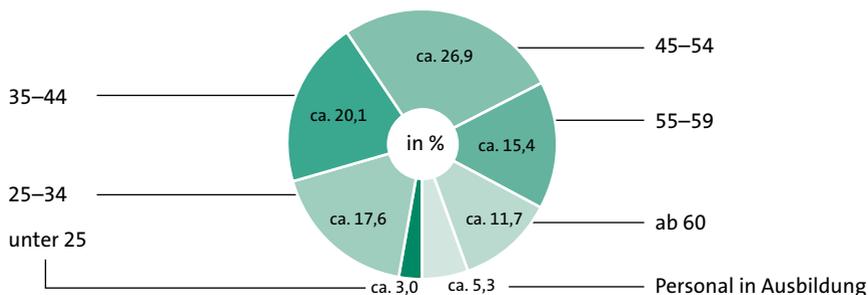


## Kürzel Ministerien und Behörden

- BPräsA** Bundespräsidialamt
- BT** Bundestagsverwaltung
- BR** Sekretariat des Bundesrates
- BVerfG** Bundesverfassungsgericht (soweit als Behörde tätig)
- BRH** Bundesrechnungshof
- BKAmt** Bundeskanzleramt
- BKM** Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien
- BPA** Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
- BMF** Bundesministerium der Finanzen
- BMI** Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
- AA** Auswärtiges Amt
- BMWi** Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
- BMJV** Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
- BMAS** Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- BMVg** Bundesministerium der Verteidigung
- BMEL** Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
- BMFSFJ** Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- BMG** Bundesministerium für Gesundheit
- BMVI** Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
- BMU** Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- BMBF** Bundesministerium für Bildung und Forschung
- BMZ** Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- BBank** Zentrale der Deutschen Bundesbank (§ 29 Abs. 1 BBankG)
- BfDI** Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

## Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nach Alter und Beschäftigungsbereichen

Alter	Bund	Länder	Kommunen	Sozialversicherung	insgesamt
unter 25	9.820	63.335	54.725	11.195	139.075
25–34	43.930	486.290	247.220	54.115	831.555
35–44	58.185	518.715	293.360	78.410	948.670
45–54	94.210	615.700	443.305	113.920	1.267.135
55–59	59.955	342.080	266.120	57.335	725.490
ab 60	45.320	276.675	192.045	37.615	551.655
Personal in Ausbildung	19.910	157.715	59.650	13.375	250.650
<b>Insgesamt</b>	<b>331.330</b>	<b>2.460.510</b>	<b>1.556.425</b>	<b>365.965</b>	<b>4.714.230</b>



### Es scheiden in den nächsten 20 Jahren aus:

Alter	Bund	Länder	Kommunen	Sozialversicherung	insgesamt
über 45 Jahre	199.485	1.234.455	901.470	208.870	2.544.280
in %	ca. 60,2	ca. 50,2	ca. 57,9	ca. 57,0	ca. 54,0

### Es scheiden in den nächsten 10 Jahren aus:

Alter	Bund	Länder	Kommunen	Sozialversicherung	insgesamt
über 55 Jahre	105.275	618.755	458.165	94.950	1.277.145
in %	ca. 31,8	ca. 25,2	ca. 29,4	ca. 25,9	ca. 27,1

Stand: 30. Juni 2019, ohne Soldaten

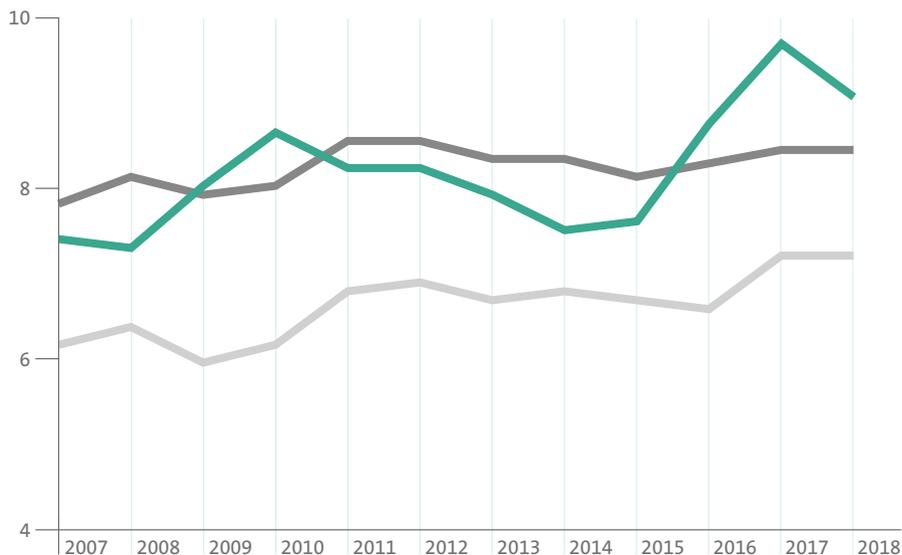
## Anteil der über 55-Jährigen – Zeitreihe

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Bund	91.599	94.199	97.295	98.280	100.325	102.065	103.635	105.275
%	27,4	28,7	29,7	30,4	30,8	31,1	31,5	31,8
Länder	595.305	605.291	610.230	607.450	609.950	612.775	615.155	618.755
%	25,4	25,7	25,9	25,9	25,8	25,7	25,4	25,1
Kommunen	334.029	353.971	373.975	386.645	403.370	421.355	441.060	458.165
%	24,1	25,2	26,2	26,8	27,5	28,3	29,0	29,4
Sozialversicherung	74.579	78.606	82.435	84.665	86.995	89.690	92.875	94.950
%	20,1	21,2	22,1	22,9	23,4	24,2	25,2	25,9
<b>Insgesamt</b>	<b>1.095.512</b>	<b>1.132.067</b>	<b>1.163.935</b>	<b>1.177.040</b>	<b>1.200.640</b>	<b>1.225.885</b>	<b>1.252.725</b>	<b>1.277.145</b>
%	24,7	25,3	26,0	26,2	26,5	26,8	27,0	27,1

## Zum Vergleich: Zahl der unter 25-Jährigen

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Bund	7.508	7.529	7.375	7.390	7.835	8.230	8.790	9.820
%	2,2	2,3	2,3	2,3	2,4	2,5	2,7	3,0
Länder	44.790	44.786	46.225	46.220	48.235	53.980	59.430	63.335
%	1,9	1,9	2,0	2,0	2,0	2,3	2,5	2,6
Kommunen	48.837	48.774	49.045	48.050	48.000	49.995	51.675	54.725
%	3,5	3,5	3,4	3,3	3,3	3,4	3,4	3,5
Sozialversicherung	12.426	12.068	11.520	11.125	11.195	11.525	11.350	11.195
%	3,4	3,3	3,1	3,0	3,0	3,1	3,0	3,0
<b>Insgesamt</b>	<b>113.561</b>	<b>113.157</b>	<b>114.165</b>	<b>112.785</b>	<b>115.265</b>	<b>123.730</b>	<b>131.245</b>	<b>139.087</b>
%	2,6	2,5	2,5	2,5	2,5	2,7	2,8	2,8

## Befristungen 2007–2018 (Beschäftigtenanteile in %)<sup>1</sup>



Quelle: IAB-Betriebspanel 2007–2015, hochgerechnete Werte

1) Bezugsgrößen der Anteile: betriebliche Gesamtbeschäftigung ohne Auszubildende, mithelfende Familienangehörige und tätige Inhaber

2) ohne Wissenschaft

3) ohne gemeinnützige Einrichtungen des Dritten Sektors

4) ohne Branche Verteidigung

— Gesamt

— Öffentlicher Sektor <sup>2,4</sup>

— Privatwirtschaft <sup>2,3</sup>

## Auszubildende bei Bund, Ländern und Gemeinden am 30. Juni 2019 ohne den Bereich der Sozialversicherung

	Bund	Bund	Länder	Länder	Gemeinden	Gemeinden
	Beamte	Arbeitnehmer	Beamte	Arbeitnehmer	Beamte	Arbeitnehmer
Baden-Württemberg	425	370	18.545	7.255	385	10.405
Bayern	3.190	830	19.245	5.615	1.845	12.425
Berlin	400	540	5.785	5.110	0	0
Brandenburg	170	215	2.420	715	30	950
Bremen	140	45	1.415	830	0	0
Hamburg	270	85	3.565	1.700	0	0
Hessen	2.335	275	9.455	3.310	535	3.125
Mecklenburg-Vorpommern	875	190	1.415	925	160	705
Niedersachsen	815	1.295	10.670	3.560	1.465	3.455
Nordrhein-Westfalen	2.165	1.200	21.650	9.830	4.955	10.695
Rheinland-Pfalz	1.725	425	5.025	1.945	775	1.920
Saarland	75	90	1.110	725	140	265
Sachsen	210	115	2.760	3.505	85	1.960
Sachsen-Anhalt	90	140	2.230	850	95	925
Schleswig-Holstein	515	435	3.235	970	370	1.075
Thüringen	95	75	1.715	635	130	770
Ausland	90	0	0	0	0	0
<b>Summe</b>	<b>13.590</b>	<b>6.325</b>	<b>110.230</b>	<b>47.480</b>	<b>10.975</b>	<b>48.675</b>

## Auszubildende im Landesbereich gesamt (beide Statusgruppen)

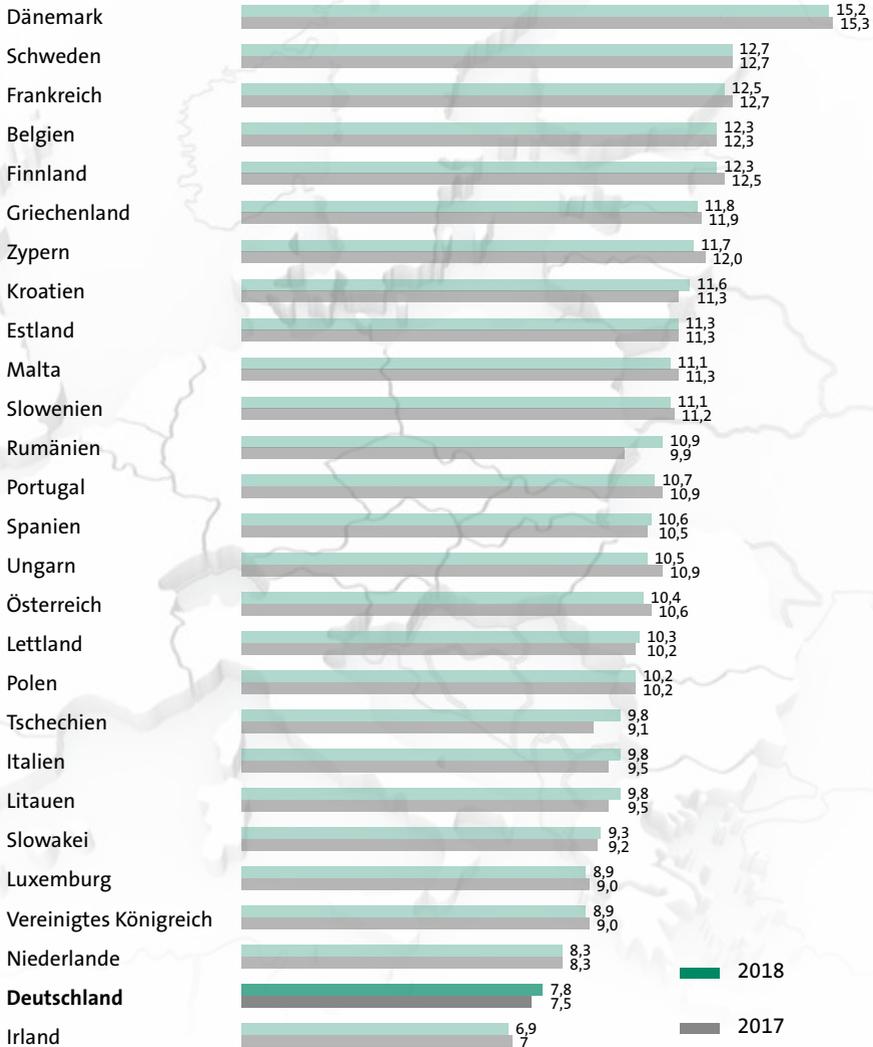
	2018	2019	Anteil an Gesamtbeschäftigtenzahl
Baden-Württemberg	24.290	25.800	8,0 %
Bayern	24.510	24.855	6,8 %
Berlin	10.875	10.895	5,3 %
Brandenburg	2.945	3.135	5,2 %
Bremen	2.180	2.240	6,5 %
Hamburg	4.480	5.265	5,4 %
Hessen	11.950	12.765	7,4 %
Mecklenburg-Vorpommern	1.840	2.335	5,2 %
Niedersachsen	12.820	14.230	6,4 %
Nordrhein-Westfalen	29.460	31.485	6,7 %
Rheinland-Pfalz	6.675	6.970	5,9 %
Saarland	1.540	1.830	6,1 %
Sachsen	5.310	6.265	5,3 %
Sachsen-Anhalt	2.835	3.080	5,2 %
Schleswig-Holstein	3.980	4.205	5,5 %
Thüringen	2.200	2.350	3,8 %
<b>Summe</b>	<b>147.890</b>	<b>157.715</b>	

## Auszubildende im kommunalen Bereich (beide Statusgruppen)

	2018	2019	Anteil an Gesamtbeschäftigtenzahl
Baden-Württemberg	10.315	10.785	4,3 %
Bayern	13.500	14.270	4,7 %
Berlin	0	0	
Brandenburg	935	980	1,9 %
Bremen	0	0	
Hamburg	0	0	
Hessen	3.340	3.660	3,1 %
Mecklenburg-Vorpommern	815	865	3,3 %
Niedersachsen	4.450	4.920	3,3 %
Nordrhein-Westfalen	14.240	15.650	4,5 %
Rheinland-Pfalz	2.515	2.695	3,3 %
Saarland	395	405	2,4 %
Sachsen	1.860	2.050	2,7 %
Sachsen-Anhalt	950	1.020	2,2 %
Schleswig-Holstein	1.450	1.445	2,8 %
Thüringen	800	900	2,4 %
<b>Summe</b>	<b>55.565</b>	<b>59.650</b>	

# Der öffentliche Dienst im europäischen Vergleich

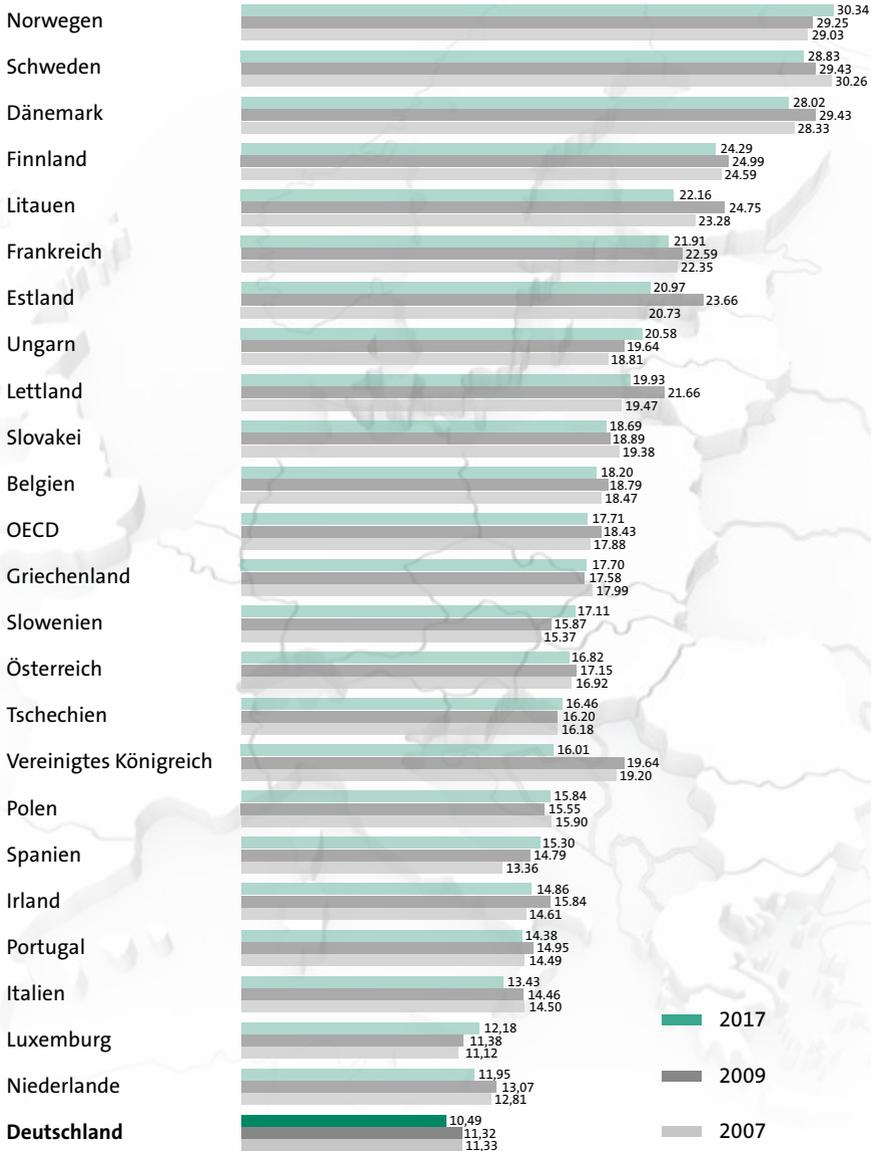
Beschäftigtenentgelte der Staaten in % des Bruttoinlandsprodukts EU-28\*



Quelle: Eurostat-Datenbank, Sektor Staat, September 2019

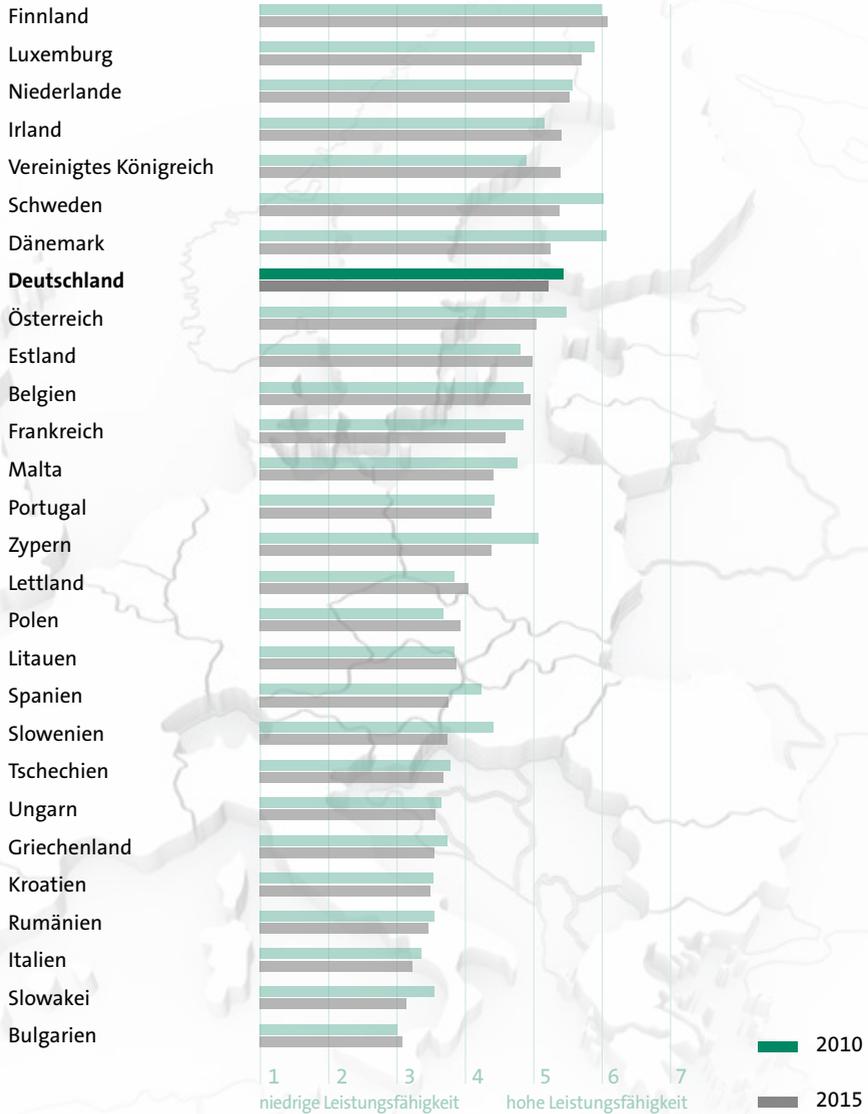
\* EU-28 enthalten die Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit Ausnahme von Bulgarien (geringe Datenverfügbarkeit).

## Anteil der Beschäftigung im öffentlichen Dienst an der Gesamtbeschäftigung (in %)



Quelle: OECD – Government at a Glance 2019

## Leistungsfähigkeit der öffentlichen Dienste



Quelle: World Economic Forum (Global Competitiveness Index)



# Wir haben die zufriedensten Kunden

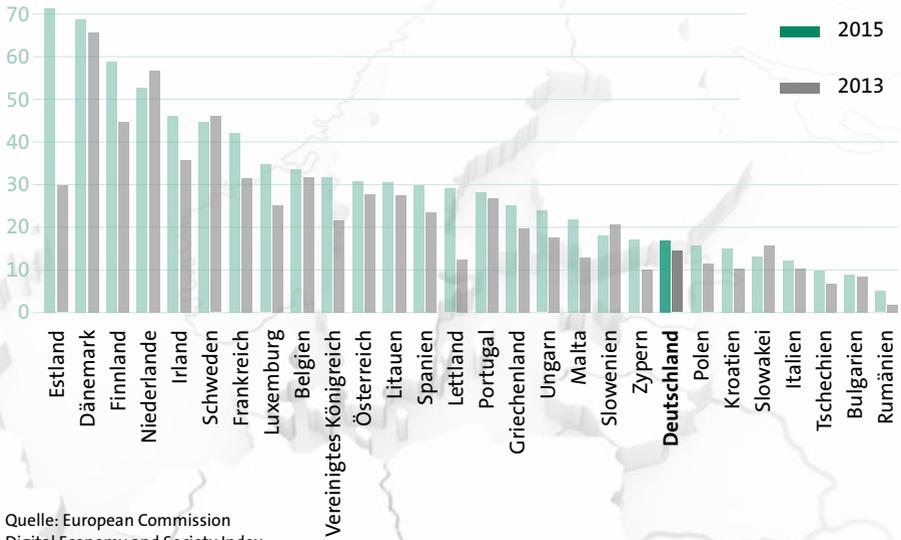
in der privaten Krankenver-  
sicherung.



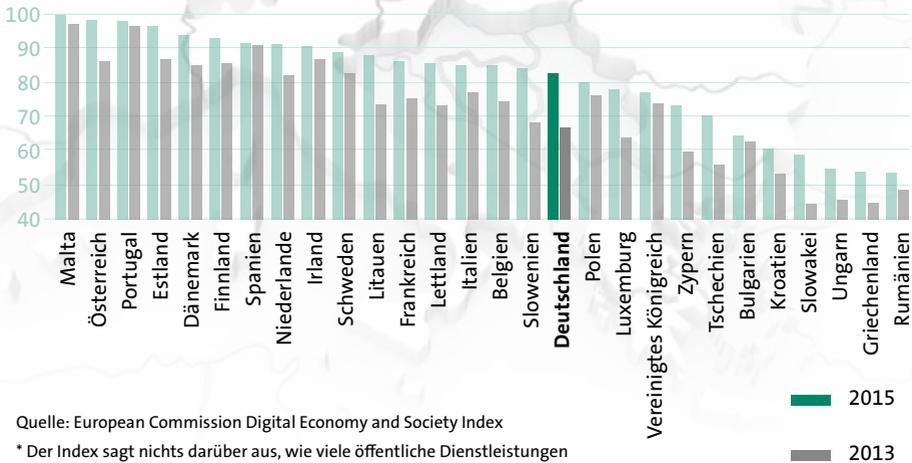
**DebeKa**    **Versichern und Bausparen**

Info  
**(08 00) 8 88 00 82 00**  
[www.debeka.de](http://www.debeka.de)

## Nutzer von digitalen Behördendienstleistungen in %

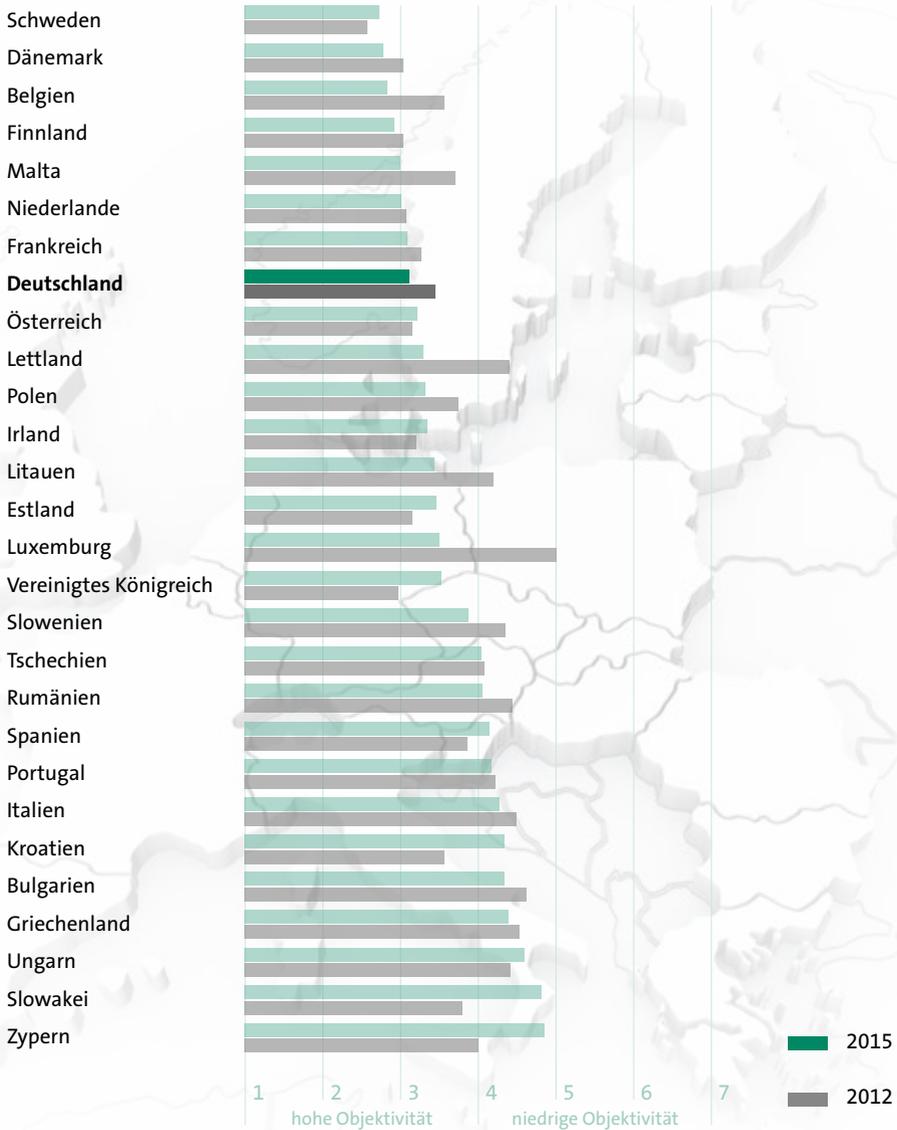


## Anteil der digitalen Behördendienstleistungen\*, die digital abgeschlossen werden, in %



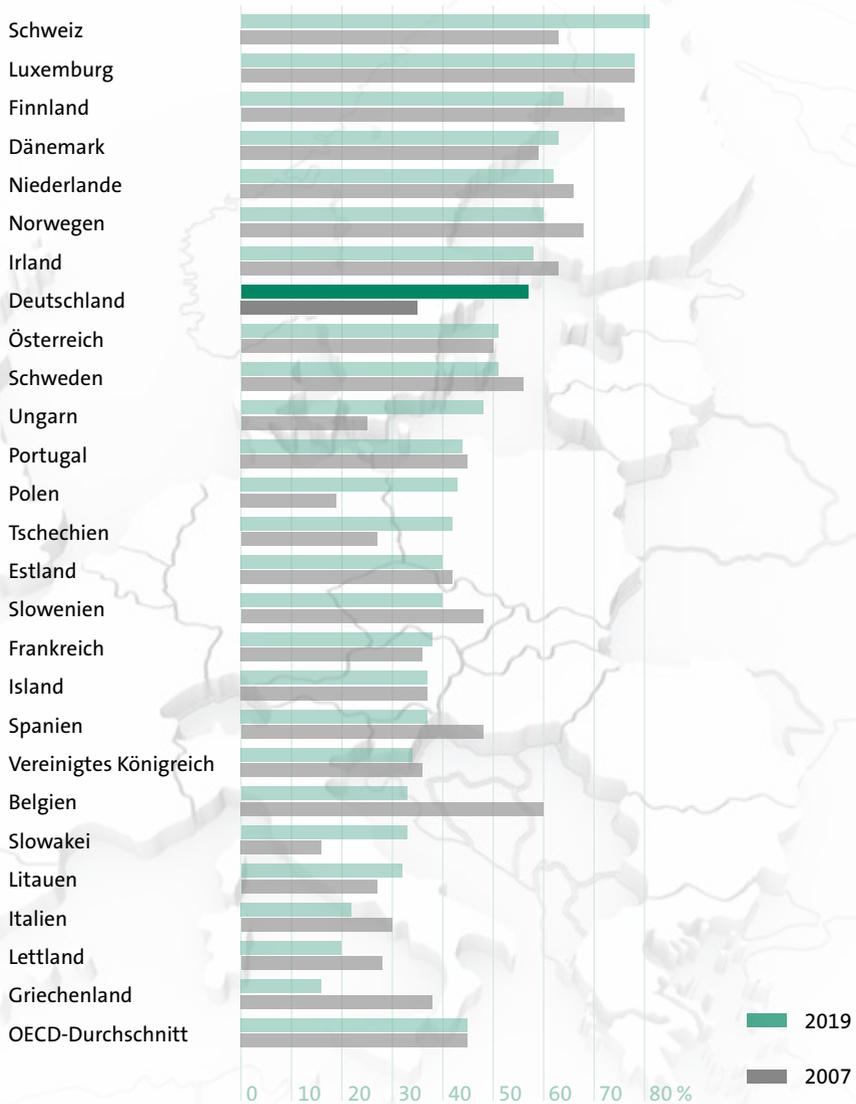
\* Der Index sagt nichts darüber aus, wie viele öffentliche Dienstleistungen onlinefähig sind.

## Objektivität und Unparteilichkeit der öffentlichen Dienste



Quelle: Quality of Government Expert Survey

## OECD-Vergleich des Vertrauens in den Staat in % (Regierung und Verwaltung)



Quelle: OECD Government at a Glance 2020



3 % Beitragsnachlass  
für dbb-Mitglieder

## Existenzschutzversicherung: Schützen, was wichtig ist!

Finanzielle Sicherheit für Sie und Ihre Familie, wenn es darauf ankommt.

### Ihre Vorteile im Überblick:

- ✓ Absicherung gegen die finanziellen Folgen von schweren Krankheiten und Unfällen
- ✓ Monatliche Rente im Leistungsfall
- ✓ Flexibler und günstiger Schutz

Informieren Sie sich unter:  
[www.dbb-vorteilswelt.de/existenzschutz](http://www.dbb-vorteilswelt.de/existenzschutz)  
Oder rufen Sie uns an:  
**030 / 4081 6444**

### Unser Tipp:

Sichern Sie auch Ihre Kinder und Enkel ab.

Schließen Sie gleich die Kinder-Existenzschutzversicherung für alle Kinder im Alter zwischen sechs Monaten und 15 Jahren ab!



**dbb  
vorsorgewerk**  
günstig • fair • nah

**IDBV**

Spezialist für den Öffentlichen Dienst.





Das Bild des  
öffentlichen  
Dienstes in der  
Öffentlichkeit

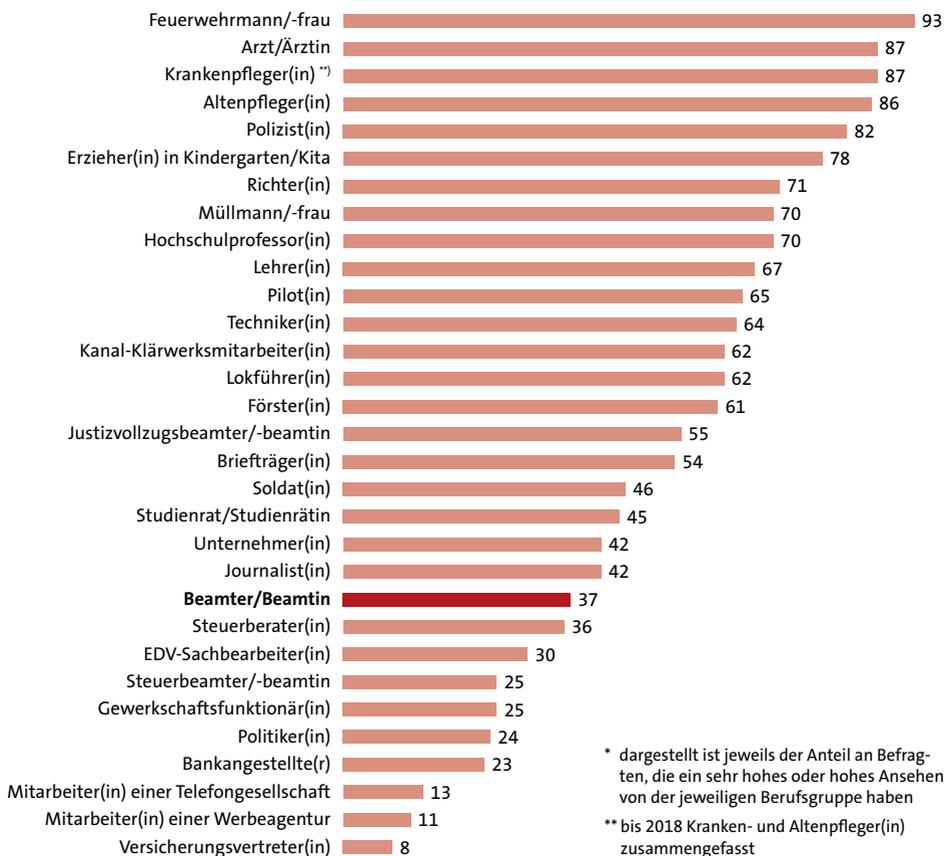
## Berufseranking 2020

Im Auftrag des dbb untersucht forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH seit 2007 regelmäßig, wie der öffentliche Dienst und seine Leistungen von den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik wahrgenommen werden. Befragt werden jeweils 2.006

repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger. Die Auswahl der Befragten erfolgte nach einem systematischen Zufallsverfahren, das sicherstellt, dass die befragten Bürgerinnen und Bürger ein Spiegelbild der Gesamtbevölkerung ab 14 Jahre in Deutschland darstellen.

### Ansehen einzelner Berufsgruppen in %\*

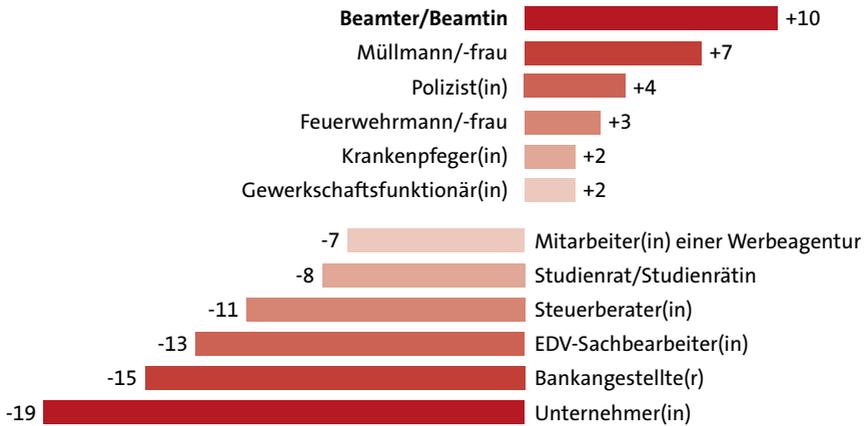
Es haben ein (sehr) hohes Ansehen:



\* dargestellt ist jeweils der Anteil an Befragten, die ein sehr hohes oder hohes Ansehen von der jeweiligen Berufsgruppe haben

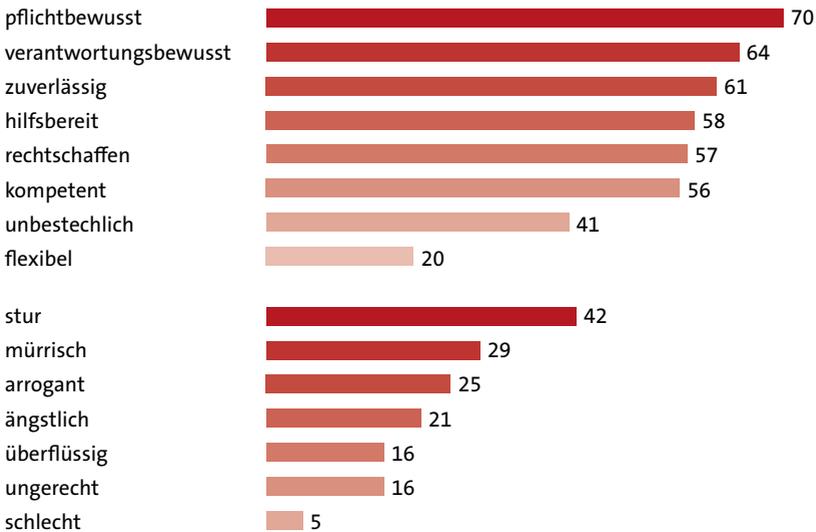
\*\* bis 2018 Kranken- und Altenpfleger(in) zusammengefasst

## „Gewinner“ und „Verlierer“ im Beruferanking seit 2007



## Das Beamtenprofil 2020

Folgende Eigenschaften sprechen die Befragten Beamten zu (in %):



## Bewertung einzelner Behörden

	Es vergeben die Schulnote (Mittelwert)	
	2019	2020
Straßenreinigung, Müllabfuhr	1,8	1,7
Bibliotheken	2,2	2,0
Museen	2,2	2,0
Kindergärten	2,2	2,2
Polizei, Kriminalpolizei	2,3	2,3
Fachhochschulen, Universitäten	2,3	2,3
Krankenhäuser	2,4	2,4
Hallenbäder, Freibäder	2,4	2,4
Sozialversicherung	2,5	2,7
Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung	2,8	2,8
Finanzämter	2,8	2,8
Gerichte	2,7	2,8
Schulen	2,7	2,9
Landesministerien	3,2	3,1
Sozialämter	3,1	3,2
Bundesministerien	3,3	3,2
Arbeitsämter	3,4	3,3

## Meinungen zur Handlungsfähigkeit des Staates

Der Staat ist in Bezug auf seine Aufgaben und Probleme	in der Lage, sie zu erfüllen %	überfordert* %
<b>insgesamt</b>		
2019	34	61
2020	56	40
<b>Ost</b>	57	40
<b>West</b>	56	40
18- bis 29-Jährige	56	40
30- bis 44-Jährige	54	41
45- bis 59-Jährige	59	39
60 Jahre und älter	55	40
Arbeiter	48	46
Angestellte	55	41
Selbstständige	46	52
<b>Öffentlich Beschäftigte:</b>		
– insgesamt	65	30
– Beamte	74	21
– Tarifbeschäftigte	59	34
Hauptschule	44	52
mittlerer Abschluss	45	50
Abitur, Studium	61	35
<b>Anhänger der:</b>		
CDU/CSU	67	31
SPD	69	27
Grünen	68	29
Linke	37	57
FDP	55	42
AfD	5	91

\* an 100 % fehlende Angaben = „weiß nicht“

## Überforderung des Staates\*

Der Staat ist bei folgenden Aufgaben überfordert	2020** %
Schul- und Bildungspolitik	22
Asyl- und Flüchtlingspolitik	20
Corona-Krise	16
innere Sicherheit	14
soziale Sicherungssysteme, Rente	12
Gesundheitsversorgung	11
Klima- und Umweltschutz	10
Steuer- und Finanzpolitik	10
soziale Gerechtigkeit	9
Justiz und Rechtsprechung	9
Wirtschaftspolitik	7
mangelnde Nähe zu den Bürgern	6
Infrastruktur	5
Verkehrspolitik	4
Digitalisierung	4
Lage am Arbeitsmarkt	4
Demokratie- und Wertevermittlung	4
Lohnentwicklung	4
Kinderbetreuung	3
Wohnungs- und Immobilienmarkt	3
Verteidigung, äußere Sicherheit	3
Lobbyismus	3
Verwaltung, kommunale Behörden	2
Bürokratieabbau	2
Energiepolitik bzw. Energiewende	1
Überforderung generell	4
Sonstiges	5
weiß nicht	14

\* Basis: Befragte, die den Staat als überfordert ansehen

\*\* offene Abfrage; Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

## Verrohung der Gesellschaft

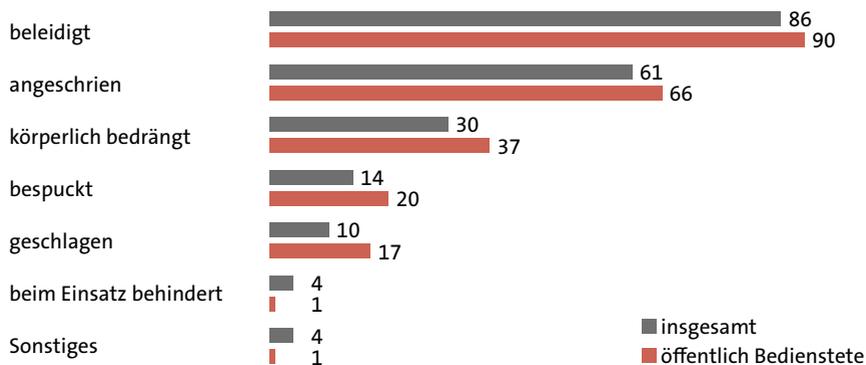
Die überwiegende Mehrheit von 83 % der Bundesbürger meint, dass die Gesellschaft zunehmend verrohe, also der Umgang der Menschen untereinander rücksichtsloser und brutaler werde. Nur 14 % der Bürger sind nicht dieser Ansicht.

### Beobachtete Übergriffe auf öffentlich Bedienstete

Es haben schon einmal beobachtet, dass Beschäftigte des öffentlichen Dienstes behindert, belästigt, beschimpft oder angegriffen wurden (in %)	
insgesamt	26
Ost	26
West	26
Männer	26
Frauen	25
18- bis 29-Jährige	38
30- bis 44-Jährige	29
45- bis 59-Jährige	26
60 Jahre und älter	18
Hauptschule	28
mittlerer Abschluss	26
Abitur, Studium	25
Arbeiter	25
Angestellte	29
Selbstständige	18
<b>öffentlich Bedienstete:</b>	
– insgesamt	41
– Beamte	44
– Tarifbeschäftigte	39

## Art der beobachteten Übergriffe\* in %

Die Bediensteten des öffentlichen Dienstes wurden



\* Basis: Befragte, die Übergriffe auf öffentlich Bedienstete schon einmal beobachtet haben

## Von Übergriffen betroffene Personengruppen\*

Folgende Bedienstete im öffentlichen Dienst wurden beschimpft, behindert oder angegriffen (in %)	insgesamt	öffentlich Bedienstete	18- bis 29-Jährige	30- bis 44-Jährige	45- bis 59-Jährige	60 Jahre und älter
Polizist(inn)en	73	75	75	75	72	72
Rettungskräfte bzw. Notärzte/-ärztinnen	58	63	59	64	55	53
Bus- oder Bahnfahrer(innen)	42	39	54	38	35	42
Feuerwehroleute	40	43	41	46	34	38
Lehrer(innen)	36	45	51	35	32	27
Ordnungsamt-Mitarbeiter(innen)	34	38	33	36	36	29
Sicherheitsdienste	28	35	34	35	24	21
Lokführer(innen), Zugbegleiter(innen)	21	21	29	19	19	19
Mitarbeiter(innen) im Jobcenter/ der Agentur für Arbeit	18	22	19	17	22	10
Erzieher(innen)	16	19	14	24	17	10
Steuerbeamte/ Steuerbeamtinnen	5	4	4	3	7	5
Sonstige	6	9	4	5	6	8

\* Basis: Befragte, die Übergriffe auf öffentlich Bedienstete schon einmal beobachtet haben

## Art der Übergriffe im öffentlichen Dienst\* in %

Die Betroffenen wurden	insgesamt	Beamte	Tarifbeschäftigte	Männer	Frauen
beleidigt	89	94	85	90	87
angeschrien	68	73	65	68	68
körperlich bedrängt	31	38	23	43	21
geschlagen	17	17	16	25	8
bespuckt	12	17	8	18	7
beim Einsatz bedroht	6	4	7	11	2
Sonstiges	2	2	2	3	1

\* Basis: Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, die während ihrer Tätigkeit selbst Opfer von Übergriffen wurden

## Von Übergriffen betroffene öffentlich Bedienstete\*

Es wurden selbst schon einmal bei ihrer Tätigkeit behindert, beschimpft oder tätlich angegriffen (in %)	
öffentlich Bedienstete:	
– insgesamt	48
– Beamte	69
– Tarifbeschäftigte	42
Männer	47
Frauen	49
18- bis 29-Jährige	50
30- bis 44-Jährige	50
45- bis 59-Jährige	44
60 Jahre und älter	35

\* Basis: Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

MEHR WISSEN ALS ANDERE. BESTELLEN SIE JETZT.

# Fragen zur Personalratsarbeit? Hier finden Sie die Antworten!

## Der Inhalt im Überblick:

- Grundzüge des Personalvertretungsrechts auf aktuellem Stand
- Gesetzestexte mit aktuellen Erläuterungen
- Mustervorlagen und Formbriefe
- Kurzerläuterung der Wahlordnung

dbb verlag gmbh  
Friedrichstraße 165 · 10117 Berlin  
Telefon: 030.726 19 17-23  
Telefax: 030.726 19 17-49  
E-Mail: [vertrieb@dbbverlag.de](mailto:vertrieb@dbbverlag.de)  
Internet: [www.dbbverlag.de](http://www.dbbverlag.de)  
Onlineshop: [shop.dbbverlag.de](http://shop.dbbverlag.de)



**488 Seiten • € 38,40\*** je Exemplar

\* zzgl. Porto und Verpackung

ISBN 978-3-87863-218-4

Sie bestellen ganz einfach: per Post, Fax, E-Mail oder über unseren Onlineshop.





Beamtinnen  
und Beamte

## dbb Besoldungsmonitor

Der dbb Besoldungsmonitor berechnet und vergleicht das Besoldungsniveau in Bund und Ländern bezogen auf ausgewählte Ämter und Besoldungsgruppen der Besoldungsordnungen A Ende des Jahres 2020. Einbezogen sind die jeweils niedrigste und jeweils höchste Stufe der dem Amt zugeordneten Besoldungsgruppe.

Für die Berechnungen wurden die im Jahr 2020 gewährten Dienstbezüge,

bestehend aus Grundgehalt und – soweit gewährt – den allgemeinen Stellenzulagen, Sonderzahlungen bzw. Urlaubsgeld, berücksichtigt. Diese wurden sodann zur besseren Vergleichbarkeit wieder in Monatswerte umgerechnet.

Abgebildet werden die Gebietskörperschaften mit dem jeweils höchsten und niedrigsten Besoldungsniveau:

Amt/Besoldungsgruppe	Eingangsstufe		Endstufe	
A 6	Bayern	Saarland	Bayern	Saarland
	2.654,75 €	2.326,59 €	3.126,23 €	2.821,40 €
	Unterschied	<b>-12,4 %</b>	Unterschied	<b>-9,8 %</b>
A 9	Bayern	Saarland	Bayern	Saarland
	3.070,66 €	2.755,62 €	3.853,19 €	3.539,60 €
	Unterschied	<b>-10,3 %</b>	Unterschied	<b>-8,10 %</b>
A 13	Bayern	Rheinland-Pfalz	Bayern	Saarland
	4.930,27 €	4.010,89 €	5.812,80 €	5.315,09 €
	Unterschied	<b>-18,6 %</b>	Unterschied	<b>-8,6 %</b>
A 16	Bayern	Saarland	Bayern	Saarland
	6.607,97 €	5.730,30 €	7.951,28 €	7.247,85 €
	Unterschied	<b>-13,3 %</b>	Unterschied	<b>-8,8 %</b>

## Fallbeispiele\*

**Grundgehalt, zzgl. allg. Stellenzulage, Familienzuschlag sowie anteiliger Sonderzuwendung (soweit gewährt)**

Bes-Gr.	Beispiele (Monatsbeträge in Euro)	Bund 1. März 2020		Berlin 1. Februar 2020		NRW 1. Januar 2020	
		ledig	verheiratet 2 Kinder	ledig	verheiratet 2 Kinder	ledig	verheiratet 2 Kinder
<b>Mittlerer Dienst</b>		<b>Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt</b>					
A 6	Sekretär, im Berufserfahrungsjahr 1	2.440,93	2.845,61	2.396,17	2.769,71	2.450,58	2.854,62
A 8	Hauptsekretär im Berufserfahrungsjahr 14	3.190,51	3.595,19	3.245,64	3.619,18	3.049,96	3.449,26
<b>Gehobener Dienst</b>		<b>Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt</b>					
A 9	Inspektor, im Berufserfahrungsjahr 3	3.003,01	3.407,69	2.937,68	3.318,03	2.931,94	3.333,46
A 12	Hauptmann, Grundschullehrer, im Berufserfahrungsjahr 17	4.837,33	5.242,01	4.599,70	4.980,05	4.530,50	4.932,02
<b>Höherer Dienst</b>		<b>Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt</b>					
A 13	Studienrat, im Berufserfahrungsjahr 10	5.121,81	5.526,49	4.894,73	5.275,08	5.011,02	5.412,55
A 16	Oberstudiendirektor, im Berufserfahrungsjahr 20	7.616,82	8.021,50	7.277,67	7.658,02	7.022,86	7.424,38
<b>B-Besoldung</b>		<b>B-Besoldung</b>					
B 4	Präsident	9.161,83	9.566,51	8.751,97	9.132,32	8.786,07	9.187,59
<b>R-Besoldung</b>		<b>R-Besoldung</b>					
R 1	Richter am Amtsgericht, im Berufserfahrungsjahr 3			4.825,82	5.206,17	4.598,62	5.000,14
R 2	Vorsitzender Richter, im Berufserfahrungsjahr 16	7.110,51	7.515,19	7.034,57	7.414,92	7.299,53	7.701,05

\* exemplarische Zusammenstellung der jeweils auf der Homepage des dbb veröffentlichten aktuellen gültigen Werte

## Familienzuschläge

### Familienzuschläge, Bund (Stand 1. März 2020) (Monatsbeträge in Euro)

Stufe 1	149,36
Stufe 2	277,02
<b>Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag:</b>	
für das zweite zu berücksichtigende Kind um	127,66
für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um	397,74

### Familienzuschläge, Land Berlin (Stand 1. Februar 2020) (Monatsbeträge in Euro)

<b>Stufe 1</b>	
in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	135,64
Übrige Besoldungsgruppen	142,45
<b>Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag:</b>	
für das erste und zweite zu berücksichtigende Kind um	121,84
für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um	379,67

### Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 (Monatsbeträge in Euro)

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 6,05 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je	30,27
in der Besoldungsgruppe A 4 um je	24,22
in der Besoldungsgruppe A 5 um je	18,17

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

## Familienzuschläge

### Familienzuschläge, Land Nordrhein-Westfalen (Stand 1. Januar 2021)

(Monatsbeträge in Euro)

#### Stufe 1

in den Besoldungsgruppen A 5 und A 6 144,88

in den Besoldungsgruppen A 7 und A 8 143,16

in den übrigen Besoldungsgruppen 148,52

#### Stufe 2

in den Besoldungsgruppen A 5 und A 6 277,30

in den Besoldungsgruppen A 7 und A 8 274,03

in den Besoldungsgruppen A 7 und A 8 277,84

#### Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag:

##### – für das zweite zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 5 und A 6 um 132,42

in den Besoldungsgruppen A 7 und A 8 um 130,87

in den übrigen Besoldungsgruppen um 129,32

##### – für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 5 und A 6 um 407,53

in den Besoldungsgruppen A 7 und A 8 um 402,69

in den Besoldungsgruppen A 7 und A 8 um 397,89

### Familienzuschläge, Freistaat Sachsen (Stand 1. Januar 2021) (Monatsbeträge in Euro)

Stufe 1 149,22

Stufe 2 314,12

#### Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag:

für das zweite zu berücksichtigende Kind um 164,90

für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 434,77

## Anwärtergrundbeträge

### Anwärtergrundbetrag, Bund (Stand 1. März 2020) (Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
Mittlerer Dienst	1.268,99
Gehobener Dienst	1.511,86
Höherer Dienst	2.317,52

### Anwärtergrundbetrag, Land Berlin (Stand 1. Februar 2020) (Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	1.106,29
A 5 bis A 8*	1.236,74
A 9 bis A 11	1.295,07
A 12	1.446,10
A 13	1.480,46
A 13 plus Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1.518,19

\* Anwärter im mittleren Dienst der Berliner Feuerwehr, die nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes in das Eingangsamtsamt BesGr. A 7 (Brandmeister) eintreten, erhalten vom Beginn des Kalendermonats an, in dem sie ein Praktikum im Einsatzdienst auf der Feuerwache mit einer durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von über 40 Stunden beginnen, bis zum Schluss des Kalendermonats, in dem dieses endet, einen um 20 % erhöhten Anwärtergrundbetrag.

### Anwärtergrundbetrag, Land Nordrhein-Westfalen (Stand 1. Januar 2020) (Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 5 bis A 8	1.299,78
A 9 bis A 11	1.355,68
A 12	1.500,37
A 13	1.533,28
A 13 mit Zulage nach § 47 Buchstabe c	1.569,43

### Anwärtergrundbetrag, Freistaat Sachsen (Stand 1. Januar 2020) (Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 4	1.204,79
A 6 bis A 8	1.328,41
A 9 bis A 11	1.383,69
A 12	1.526,79
A 13 oder R 1	1.595,10

## Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten

### Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten, Bund (Stand 1. März 2020)

(Vergütung je Stunde in Euro)

§ 4 Abs. 1 EZuIV

An Sonntagen, gesetzlichen Wochenfeiertagen und an Samstagen vor Ostern und Pfingsten nach 12 Uhr sowie für den 24. und 31. Dezember, wenn diese Tage nicht auf einen Sonntag fallen	5,50
an den übrigen Samstagen zwischen 13 und 20 Uhr	1,30
im Übrigen zwischen 20 und 6 Uhr	2,59

### Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten, Land Berlin (Stand 1. Februar 2020)

(Vergütung je Stunde in Euro)

§ 4 Abs. 1 EZuIV

An Sonntagen, gesetzlichen Wochenfeiertagen und an Samstagen vor Ostern und Pfingsten nach 12 Uhr sowie für den 24. und 31. Dezember, wenn diese Tage nicht auf einen Sonntag fallen	3,65
an den übrigen Samstagen zwischen 13 und 20 Uhr	0,72
im Übrigen zwischen 20 und 6 Uhr	1,68

### Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten, Land Nordrhein-Westfalen

(Stand 1. Januar 2021) (Vergütung je Stunde in Euro)

§ 92 LBesG NRW

An Sonntagen, gesetzlichen Wochenfeiertagen und an Samstagen vor Ostern und Pfingsten nach 12 Uhr sowie für den 24. und 31. Dezember, wenn diese Tage nicht auf einen Sonntag fallen	3,63
--	------

### Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten, Freistaat Sachsen (Stand 1. Januar 2020)

(Vergütung je Stunde in Euro)

§ 6 Abs. 1 SächsEMAVO

An Sonntagen, gesetzlichen Wochenfeiertagen und an Samstagen vor Ostern und Pfingsten nach 12 Uhr sowie für den 24. und 31. Dezember, wenn diese Tage nicht auf einen Sonntag fallen	3,20
an den übrigen Samstagen zwischen 13 und 20 Uhr	0,64
im Übrigen zwischen 20 und 6 Uhr	1,60

## Mehrarbeitsvergütung

### Mehrarbeitsvergütung, Bund (Stand 1. März 2020)

(Vergütung je Stunde in Euro)

§ 4 Abs. 1 MVergV

Besoldungsgruppe A 3 bis A 4	13,45
Besoldungsgruppe A 5 bis A 8	15,89
Besoldungsgruppe A 9 bis A 12	21,83
Besoldungsgruppe A 13 bis A 16	30,05

### Mehrarbeitsvergütung, Land Berlin (Stand 1. Februar 2020)

(Vergütung je Stunde in Euro)

§ 4 Abs. 1 MVergV

Besoldungsgruppe A 2 bis A 4	13,36
Besoldungsgruppe A 5 bis A 8	15,78
Besoldungsgruppe A 9 bis A 12	21,64
Besoldungsgruppe A 13 bis A 16	29,83

### Mehrarbeitsvergütung, Land Nordrhein-Westfalen (Stand 1. Januar 2021)

(Vergütung je Stunde in Euro)

§ 4 Abs. 1 MVergV

Besoldungsgruppe A 5 bis A 8	16,19
Besoldungsgruppe A 9 bis A 12	22,21
Besoldungsgruppe A 13 bis A 16	30,63

### Mehrarbeitsvergütung, Freistaat Sachsen (Stand 1. Januar 2020)

(Vergütung je Stunde in Euro)

§ 18 Abs. 1 SächsEMAVO

Besoldungsgruppe A 4 bis A 8	13,79
Besoldungsgruppe A 9 bis A 12	18,93
Besoldungsgruppe A 13 bis A 16	26,10

## Stellenzulage

### Stellenzulage, Bund (Stand 1. März 2020) (in Euro)

#### Nummer 9

Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit

von einem Jahr 95,00

von zwei Jahren 190,00

#### Nummer 10 Feuerwehrezulage

Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit

von einem Jahr 95,00

von zwei Jahren 190,00

### Stellenzulage, Land Berlin (Stand 1. Februar 2020) (in Euro)

#### Nummer 9/10 Polizei/Feuerwehrezulage

Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit

von einem Jahr 72,75

von zwei Jahren 145,50

### Stellenzulage, Land Nordrhein-Westfalen (Stand 1. Januar 2021) (in Euro)

#### § 49 LBesG oder § 50 LBesG oder § 51 LBesG NRW

Polizei/Feuerwehr/Justiz

Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit

von einem Jahr in den BesGr.

bis A 6 66,87

A 7 und A 8 und für Anwärter 66,08

ab A 9 65,28

von zwei Jahren in den BesGr.

bis A 6 133,75

A 7 und A 8 und für Anwärter 132,16

ab A 9 130,56

### Stellenzulage, Freistaat Sachsen (Stand 1. Januar 2020) (Monatsbeträge in Euro)

#### § 49 Polizeizulage, § 50 Feuerwehrezulage, § 51 Abs. 1 Justiz SächsBesG

Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit

von einem Jahr 75,00

von zwei Jahren 150,00

#### § 51 Abs. 2 Justiz

Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit

von einem Jahr 82,67

von zwei Jahren 165,34

## Überblick über die Sonderzahlungen im Bund und in den Ländern (sogenanntes „Weihnachtsgeld/Urlaubsgeld“)



### Bund

Integration der Sonderzahlung



### Baden-Württemberg

Integration der Sonderzahlung



### Bayern

Beamte bis zur BesGr. A 11 70 vom Hundert,  
Übrige 65 vom Hundert von 1/12 der Jahresbezüge,  
Versorgungsempfänger 60 vom Hundert bis zur BesGr. A 11,  
Übrige 56 vom Hundert,  
84,29 vom Hundert des gewährten Familienzuschlags,  
Erhöhungsbetrag von monatlich 8,33 Euro für Beamte bis zur BesGr. A 8 sowie  
Sonderbetrag von monatlich 2,13 Euro pro Kind, für das Familienzuschlag  
gewährt wird.



### Berlin

Beamte der BesGr. A 4 bis A 9 1.550 Euro; Übrige 900 Euro,  
Versorgungsempfänger entsprechend der BesGr., aus der die Versorgung gewährt  
wird, hälftiger Betrag,  
Sonderbetrag für kindergeldberechtigte Kinder in Höhe von 25,56 Euro pro Kind.



### Brandenburg

Aufstockung des Grundgehalts um 21 Euro statt separater Gewährung.



### Hansestadt Bremen

Beamte der BesGr. A 2 bis A 8 840 Euro, der BesGr. A 9 bis A 11 710 Euro,  
Sonderbetrag von 25,56 Euro für jedes Kind, für das im Dezember ein  
Familienzuschlag gewährt wird.



### Hamburg

Integration der Sonderzahlung,  
Sonderzahlung von 300 Euro für jedes Kind, für welches der Familienzuschlag im  
Dezember gezahlt wird.



### Hessen

Monatliche Auszahlung in Höhe von 5 vom Hundert,  
Versorgungsempfänger 2,66 vom Hundert,  
Sonderbetrag von monatlich 2,13 Euro pro Kind,  
Urlaubsgeld in Höhe von 166,17 Euro für Beamte bis zur BesGr. A 8 bei Bezug  
von Bezügen im Monat Juli.



### Mecklenburg-Vorpommern

Beamte der BesGr. A 1 bis A 9 38,001 vom Hundert, BesGr. A 10 bis A 12 33,300  
vom Hundert sowie Übrige 29,382 vom Hundert der Dezemberbezüge,  
Versorgungsempfänger entsprechend,  
Sonderbetrag für Kinder in Höhe von 25,56 Euro.



### Niedersachsen

Beamte der Besoldungsgruppen A 5 bis A 8 in Höhe 920 Euro,  
übrige Besoldungsgruppen 300 Euro,  
Sonderbetrag für Kinder in Höhe von 170 Euro für das erste und zweite Kind  
sowie 450 Euro für das dritte und jedes weitere Kind.



### Nordrhein-Westfalen

Integration der Sonderzahlung



### Rheinland-Pfalz

Integration der Sonderzahlung



### Saarland

Integration der Sonderzahlung



### Sachsen

Streichung der Sonderzahlung



### Sachsen-Anhalt

3 vom Hundert des Grundgehalts, jedoch mindestens 600 Euro in den BesGr. A 4 bis A8 und mindestens 400 Euro in den übrigen BesGr.,  
Versorgungsempfänger mindestens 200 Euro gemäß Ruhegehaltssatz.



### Schleswig-Holstein

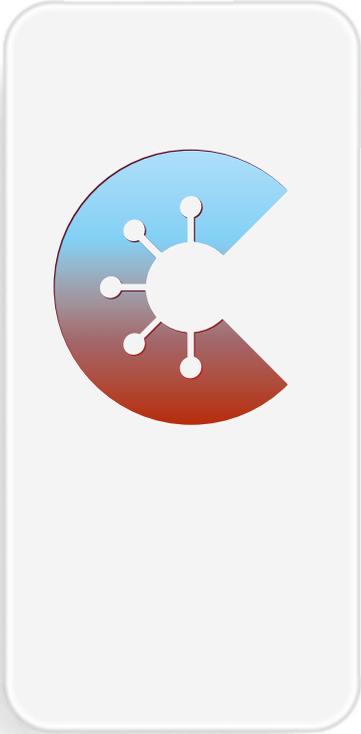
BesGr. A 2 bis A 10 660 Euro,  
entsprechende Versorgungsempfänger 330 Euro,  
Sonderbetrag von 400 Euro pro Kind für die im Familienzuschlag berücksichtigten Kinder.



### Thüringen

Integration der Sonderzahlung

Stand: 24. September 2020



DIE CORONA-WARN-APP:

# WIRD MIT JEDEM NUTZER NÜTZLICHER.

Jetzt die Corona-Warn-App herunterladen  
und Corona gemeinsam bekämpfen.



Die  
Bundesregierung

## Arbeitszeit

### Regelmäßige Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten des Bundes und der Länder

<b>Bund</b>	41 Std. 40 Std. auf Antrag für schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte und für diejenigen, die für ein Kind unter zwölf Jahren Kindergeld erhalten oder zu deren Haushalt ein Elternteil, eine Ehegattin oder ein Ehegatte, eine Lebenspartnerin oder ein Lebenspartner oder ein Kind gehört, bei dem oder bei der Pflegebedürftigkeit nach den Beihilfevorschriften des Bundes, nach § 18 SGB XI oder durch ein entsprechendes Gutachten festgestellt worden ist. Abweichende Regelungen gelten für Beamtinnen und Beamte der Postnachfolgeunternehmen und der DB AG.
<b>Baden-Württemberg</b>	41 Std.
<b>Bayern</b>	40 Std.
<b>Berlin</b>	40 Std.
<b>Brandenburg</b>	40 Std.
<b>Bremen</b>	40 Std.
<b>Hamburg</b>	40 Std.
<b>Hessen</b>	41 Std. bis zur Vollendung des 60. Lj., wobei gem. § 1 a HAZVO eine Std. einem Langzeitkonto gutgeschrieben wird 40 Std. ab Beginn des 61. Lj. 40 Std. für schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	40 Std.
<b>Niedersachsen</b>	40 Std.
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	41 Std. 40 Std. mit Vollendung des 55. Lj. 39 Std. mit Vollendung des 60. Lj. 39 Std. 50 Min. für schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte ab einem Grad der Behinderung (GdB) von mind. 50 39 Std. für schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte ab einem Grad der Behinderung (GdB) von mind. 80
<b>Rheinland-Pfalz</b>	40 Std.
<b>Saarland</b>	40 Std.
<b>Sachsen</b>	40 Std.
<b>Sachsen-Anhalt</b>	40 Std.
<b>Schleswig-Holstein</b>	41 Std. 40 Std. für schwerbehinderte Beamtinnen und Beamten
<b>Thüringen</b>	40 Std.

Stand: 9. September 2020

## Urlaub

### Erholungsurlaub

**Bund, Länder und Kommunen**

30 Tage

Stand: 22. September 2020

## Beihilfe

Die Beihilfe ist das eigenständige Krankensicherungssystem der Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter. Für Soldatinnen und Soldaten – und teilweise Beamtinnen und Beamte in den Vollzugsdiensten – kann die Krankensicherung auch in Form der sog. Heilfürsorge oder truppenärztlichen Versorgung ausgestaltet sein. Das Beihilfesystem umfasst die Aufwendungen des Dienstherrn im Rahmen der Fürsorgepflicht für Krankheits-, Pflege- und Geburtsfälle sowie bei Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten und Schutzimpfungen. Die Leistungen ergänzen in diesen Fällen die Eigenvorsorge der Beamtinnen und Beamten, die aus den laufenden Bezügen zu bestreiten ist.

Leistungen des eigenständigen Beihilfesystems erfolgen im Gegensatz zum grundsätzlichen Sachleistungsprinzip der GKV als Kostenerstattung. Beamtinnen und Beamte, die nicht freiwillig gesetzlich versichert sind, erhalten eine Rechnung als Privatpatienten, begleichen diese und bekommen die beihilfefähigen Aufwendungen entsprechend dem Beihilfebemessungssatz vom Dienstherrn erstattet.

Daneben gibt es in einigen Bundesländern die systemfremde Möglichkeit der pauschalen Beihilfegewährung im Zusammenspiel mit einer Versicherung in der GKV oder PKV.

#### Der Beihilfebemessungssatz beträgt in der Regel

50 % für aktive Beamtinnen und Beamte

70 % für Versorgungsempfänger(innen) bzw. Ehepartner

(bis zum Einkommen i. H. v. 17.000 € [Bund])

80 % für Kinder bzw. Waisen

Die Zuzahlungsregelungen orientieren sich für den Bereich des Bundes an den Regelungen der gesetzlichen Krankenversicherung.

Die Beihilfevorschriften sind nicht bundeseinheitlich geregelt. Neben den Vorschriften des Bundes gibt es verschiedene länderspezifische Regelungen über Wahlleistungen (Chefarztbehandlung und Unterbringung im Zweibettzimmer), Zuzahlungen zu Medikamenten, Kostendämpfungspauschalen, Antragsgrenzen und dergleichen.

## Versorgung

Die Beamtenversorgung ist das eigenständige Alterssicherungssystem der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter sowie der Soldatinnen und Soldaten. Einschließlich der Hinterbliebenen sind über 1,6 Millionen Menschen in Deutschland Empfänger von Leistungen der

Beamtenversorgung. Sie umfasst sowohl die Funktion der gesetzlichen Rente als auch die einer Zusatzversorgung bzw. betrieblichen Altersversorgung und ist ein durch Dienstleistung erworbenes Recht, das durch Art. 33 GG ebenso gesichert ist wie das Eigentum durch Art. 14 GG.

### Vereinfachte Berechnungsgrundlagen

Ruhegehaltfähige Dienstzeit x Steigerungssatz = Ruhegehaltssatz

Ruhegehaltssatz x ruhegehaltfähige Dienstbezüge = Ruhegehalt

### Ruhegehaltfähige Dienstzeit

Alle Dienstjahre als Beamtin und Beamter und ggf. Wehr- oder Ersatzdienstzeiten; (eingeschränkt) berücksichtigungsfähig sind auch erforderliche Ausbildungszeiten, Zeiten einer vorgeschriebenen praktischen Berufstätigkeit sowie Angestelltenzeiten im öffentlichen Dienst. Teilzeitbeschäftigung wird anteilig als Dienstzeit berücksichtigt.

### Ruhegehaltfähige Dienstbezüge

Das Grundgehalt, der Familienzuschlag für Verheiratete, Amtszulagen sowie ausdrücklich als ruhegehaltfähig bezeichnete Dienstbezüge (z. B. Stellenzulagen, Leistungsbezüge im Hochschulbereich). Die mit dem Amt verbundenen Dienstbezüge müssen für zuletzt mindestens zwei Jahre bezogen worden sein.

### Ruhegehaltssatz/Höhe des Ruhegehalts

Altes Recht: Je volles Jahr ruhegehaltfähiger Dienstzeit: 1,875 %, insgesamt höchstens 75 % der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge (maximal 40 berücksichtigungsfähige Jahre).

Versorgungsänderungsgesetz 2001: Absenkung ab 2003 in acht Stufen auf einen neuen Höchstsatz von 71,75 %.

Heute: Steigerungssatz 1,79375 % je volles Jahr ruhegehaltfähiger Dienstzeit, insgesamt höchstens 71,75 % der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge (maximal 40 berücksichtigungsfähige Jahre).

Der zuletzt (Stichtag 1. Januar 2019) ermittelte durchschnittliche Ruhegehaltssatz der Ruhestandsbeamtinnen/-beamten betrug 66,1 %.

### Mindestversorgung

#### (Anspruch auf Beamtenversorgung nach fünfjähriger Dienstzeit)

35 % der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der jeweiligen Besoldungsgruppe des Amtes oder – wenn dies günstiger ist –

65 % der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe A 4 (zuzüglich 30,68 €).

Abweichungen in mehreren Bundesländern.

### Versorgungsabschläge auf das Ruhegehalt

3,6 % für jedes Jahr des vorzeitigen Ruhestandes, maximal 10,8 % bei Dienstunfähigkeit.

Bei Ruhestand auf eigenen Antrag sind höhere Abschläge möglich.

### Hinterbliebenenversorgung (Witwen-/Witwergeld)

Altes Recht: 60 % des Ruhegehalts, das der/die Verstorbene erhalten hat oder hätte erhalten können, wenn sie/er am Todestag in den Ruhestand getreten wäre.

Nach Versorgungsänderungsgesetz 2001 (ab 2002): 55 % des o. g. Ruhegehalts (Besitzstandsregelungen für Altfälle).

### Unfallruhegehalt

Sind Beamtinnen und Beamte infolge eines Dienstunfalls dienstunfähig geworden und in den Ruhestand versetzt worden, erhöht sich der bis dahin erdiente Ruhegehaltssatz um 20 % und beträgt mindestens zwei Drittel, höchstens aber 75 % bzw. in vielen Bundesländern 71,75 % der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge. Gesonderte Regelungen bestehen bei qualifizierten Dienstunfällen und Einsatzunfällen.

### Versorgungsrücklagen

Die Versorgungsrücklagen wurden/werden beim Bund und einigen Ländern als Sondervermögen aus der Verminderung der Anpassung der Besoldung und Versorgung in Höhe von 0,2 %-Punkten gebildet. Durch Besoldungs- und Versorgungsverminderungen in den Jahren 1999 bis 2002 und ab 2011/2012 sowie durch Einsparungen aus Anlass des Versorgungsänderungsgesetzes wurde allein beim Bund ein Sondervermögen in Höhe von ca. 16,4 Mrd. Euro aufgebaut (Stand: Juni 2020), welches ab dem Jahr 2032 zur Entlastung der zukünftigen Haushalte eingesetzt werden soll.





Tarifbeschäftigte

## Entgelte für Tarifbeschäftigte

Tabellenentgelt (auf glatte Eurobeträge gerundet) für Berufsanfänger bzw. nach drei Jahren Beschäftigungszeit

Eingruppierung			
Tätigkeit	Beschäftigte		TVöD
Kaufmann Bürokommunikation	als Berufsanfänger	EG	St 1
	nach drei Jahren	5	St 3
Mechatroniker	als Berufsanfänger	EG	St 1
	nach drei Jahren	6	St 3
Fachinformatiker Systemintegration	als Berufsanfänger	EG	St 1
	nach drei Jahren	7	St 3
Handwerksmeister	als Berufsanfänger	EG	St 1
	nach drei Jahren	8	St 3
Krankenpfleger	als Berufsanfänger	EG P	St 2
	nach drei Jahren	7	St 3
Erzieher	als Berufsanfänger	EG S	St 1
	nach drei Jahren	8a	St 3
Sozialarbeiter	als Berufsanfänger	EG S	St 1
	nach drei Jahren	11b	St 3
Ingenieur Konstruktivbau	als Berufsanfänger	EG	St 1
	nach drei Jahren	10	St 3
Informatiker IT-Organisation	als Berufsanfänger	EG	St 1
	nach drei Jahren	12	St 3
Masterabsolvent in der Forschung	als Berufsanfänger	EG	St 1
	nach drei Jahren	13	St 3

Stand: 1. April 2021

## in Entgeltgruppe (EG) und Stufe (St) (in Euro)

		TV-L	TV-Hessen			
2.531	<b>EG 5</b>	St 1	2.548	<b>EG 5</b>	St 1	2.538
2.825		St 3	2.877		St 3	2.874
2.636	<b>EG 6</b>	St 1	2.651	<b>EG 6</b>	St 1	2.644
2.944		St 3	2.984		St 3	2.981
2.686	<b>EG 7</b>	St 1	2.697	<b>EG 7</b>	St 1	2.690
3.037		St 3	3.075		St 3	3.071
2.859	<b>EG 8</b>	St 1	2.866	<b>EG 8</b>	St 1	2.863
3.182		St 3	3.210		St 3	3.204
2.881	<b>EG KR 7</b>	St 2	2.918	<b>EG KR 7<sup>a</sup></b>	St 2	2.918
3.053		St 3	3.096		St 3	3.096
2.880	<b>EG S 8a</b>	St 1	2.889	<b>EG S 8a</b>	St 1	2.889
3.301		St 3	3.360		St 3	3.360
3.246	<b>EG S 11b</b>	St 1	3.222	<b>EG S 11b</b>	St 1	3.222
3.577		St 3	3.716		St 3	3.716
3.431	<b>EG 10</b>	St 1	3.428	<b>EG 10</b>	St 1	3.414
4.020		St 3	3.931		St 3	3.936
3.687	<b>EG 11</b>	St 1	3.553	<b>EG 12</b>	St 1	3.665
4.516		St 3	4.064		St 3	4.482
4.113	<b>EG 13</b>	St 1	4.074	<b>EG 13</b>	St 1	4.080
4.825		St 3	4.619		St 3	4.623

## Zulagen und Zuschläge

Für bestimmte Tätigkeitsmerkmale im Länder- sowie Bundesbereich und im Bereich der Kommunen bestehen Entgeltgruppen- und Funktionszulagen.

### Zeitzuschläge

Basis der Zeitzuschläge ist der auf eine Stunde entfallende Anteil des Tabellenentgelts der Stufe 3 der jeweiligen Entgeltgruppe der Beschäftigten (bei Überstunden der Anteil der jeweiligen Stufe, höchstens jedoch der Stufe 4). Ausgehend von dieser Basis werden folgende Zeitzuschläge bezahlt (TVöD/TV-L/TV-Hessen):

Für Sonntagsarbeit	25 %
Für die Arbeit an Samstagen in der Zeit zwischen 13 und 21 Uhr, soweit nicht im Rahmen von Schicht- und Wechselschicht anfallend	20 %, jetzt auch für Beschäftigte in kommunalen Krankenhäusern
Für Nachtarbeit zwischen 21 und 6 Uhr	20 %, Pauschalierung für Beschäftigte im Krankenpflegedienst des Justizvollzugs Hessen 1,28 €/Stunde
Für Arbeit am 24. und 31. Dezember	35 %, (ab 6 Uhr)
Für Feiertagsarbeit (ohne Freizeitausgleich)	135 %
Für Feiertagsarbeit (mit Freizeitausgleich)	35 %
Überstundenzuschläge	30 %, (EG 1–9b TVöD, TV-L, TV-H)
	15 %, (EG 9c–15 TVöD, EG 10–15 TV-L, TV-H)

### Erschwerniszuschläge

Grundlage ist der auf eine Stunde entfallende Anteil des monatlichen Tabellenentgelts der Stufe 2 der Entgeltgruppe 2. Die Höhe der Erschwerniszuschläge beträgt zwischen 5 und 15 %.

Im Bereich der VKA können mit dem jeweiligen Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) die Voraussetzungen und die Höhe der Zuschläge durch einen landesbezirklichen Tarifvertrag vereinbart werden. Wo dies nicht geschieht, gelten die bisherigen Regelungen teilweise dynamisiert bis zu einer neuen Vereinbarung fort.

Für den Bereich des Bundes und der Länder sollen jeweils entsprechende Tarifverträge (für den Bund auf Bundesebene) abgeschlossen werden.

### Jubiläumsgeld

Folgende Jubiläumsgelder werden gezahlt:

nach Beschäftigungszeit von 25 Jahren	350 €
nach Beschäftigungszeit von 40 Jahren	500 €

### Jahressonderzahlung

Nach TVöD beim Bund und in den Gemeinden bzw. nach TV-L in den Ländern außer Hessen sowie nach TV-Hessen erhalten alle Beschäftigten, die am 1. Dezember des Kalenderjahres in einem Arbeitsverhältnis stehen, jeweils im November eine Jahressonderzahlung. Ihre Höhe variiert je nach Entgeltgruppe und Tarifgebiet. Im Bereich des TVöD Bund und des TVöD VKA erfolgt eine schrittweise Ost-West-Angleichung der Beträge (TVöD Bund bis 2020, TVöD VKA bis 2022). Basis der Jahressonderzahlung ist jeweils das in den Kalendermonaten Juli, August und September durchschnittlich gezahlte Entgelt.

### TVöD (Bund): Angleichung der Jahressonderzahlung Ost an West bis 2020

Entgeltgruppe	West bzw. Ost ab 2020
EG 1–8	90,00 %
EG 9a–12	80,00 %
EG 13–15	60,00 %

### TVöD (VKA): Angleichung der Jahressonderzahlung Ost an West bis 2022

Entgeltgruppe	West 2022	Ost 2021	Ost 2022	Ost 2023
EG 1–8	84,51 %	74,47 %	81,51 %	84,51 %
EG 9a–12	70,28 %	66,06 %	70,28 %	70,28 %
EG 13–15	51,78 %	48,67 %	51,78	51,78 %

### TV-L (Länder ohne Hessen)

EG	im Kalenderjahr		
	2019	2020	2021
1–4	91,69 v. H.	88,91 v. H.	87,43 v. H.
5–8	92,19 v. H.	89,40 v. H.	88,14 v. H.
9a–11	77,66 v. H.	75,31 v. H.	74,35 v. H.
12–13	48,54 v. H.	47,07 v. H.	32,53 v. H.
14–15	33,98 v. H.	32,95 v. H.	32,53 v. H.

### TV-Hessen

EG	im Kalenderjahr		
	2019	2020	2021
1–4	86,87 v. H.	83,95 v. H.	82,84 v. H.
5–8	87,34 v. H.	84,70 v. H.	83,62 v. H.
9–15 (bis 31. Juli 2019)	58,26 v. H.		
9a–15 (ab 1. August 2019)	58,26 v. H.	56,50 v. H.	55,78 v. H.

## Arbeitszeit und Urlaub

### Arbeitszeit

Die durchschnittliche regelmäßige Wochenarbeitszeit beträgt nach

#### TVöD AT

– Bund/Kommunen West	39 Stunden
– Kommunen Ost	40 Stunden, ab 1/2022: 39,5 Stunden ab 1/2023: 39 Stunden

#### TV-Hessen

40 Stunden

#### TV-L

– Baden-Württemberg	39 Std. 30 Min.
– Bayern	40 Std. 6 Min.
– Berlin	39 Std. 24 Min.
– Bremen	39 Std. 12 Min.
– Hamburg	39 Std.
– Niedersachsen	39 Std. 48 Min.
– Nordrhein-Westfalen	39 Std. 50 Min.
– Rheinland-Pfalz	39 Std.
– Saarland	39 Std. 30 Min.
– Schleswig-Holstein	38 Std. 42 Min.
– Tarifgebiet Ost	40 Std.

**Nach TV-L und TV-H gelten für bestimmte belastete Beschäftigtengruppen Ausnahmen mit 38,5 Stunden bzw. mit 42 Stunden Wochenarbeitszeit für Ärztinnen und Ärzte an Unikliniken in der unmittelbaren Patientenversorgung.**

### Erholungsurlaub

Beschäftigte nach TVöD bei Bund und Gemeinden bzw. nach TV-L und TV-H (Hessen) erhalten bei einer Verteilung der Arbeitszeit auf 5 Tage in der Kalenderwoche 30 Arbeitstage Erholungsurlaub. Auszubildende haben bei identischer Verteilung der Arbeitszeit ebenfalls einen Urlaubsanspruch von 30 Arbeitstagen. Der für Auszubildende in Pflegeberufen im zweiten und dritten Ausbildungsjahr gewährte Zusatzurlaubstag bei Schichtdienst wird darüber hinaus weiter gewährt.



Was immer **das Leben** auch bringt:  
Wir lassen Sie nicht im Regen stehen.

Wir kümmern uns um die individuelle und zukunftsorientierte Absicherung unserer Kunden. Mit bedarfsgerechten und optimierten Versicherungs- und Finanzdienstleistungen. Mit erstklassigem Service und partnerschaftlicher Beratung – direkt in Ihrer Nähe.

**SIGNAL IDUNA Gruppe**  
**Unternehmensverbindungen**  
**Öffentlicher Dienst**  
**Joseph-Scherer-Straße 3**  
**44139 Dortmund**  
**Telefon: 0231 1352551**  
**[oed-info@signal-iduna.de](mailto:oed-info@signal-iduna.de)**

**SIGNAL IDUNA**   
gut zu wissen

# Das Mehr-wert-Girokonto<sup>1</sup> der BBBank.

Mehr Vorteile. Mehr Beratung. Mehr Erfahrung.

**50,<sup>Euro</sup>,-**

Startguthaben für  
dbb-Mitglieder und  
ihre Angehörigen



## Jetzt informieren

in Ihrer Filiale vor Ort,  
per Telefon 0721 141-0,  
E-Mail [info@bbbank.de](mailto:info@bbbank.de)  
und auf [www.bbbank.de/dbb](http://www.bbbank.de/dbb)



**dbb  
vorsorgewerk**  
günstig • fair • nah

**BB**  
**Bank**  
Better Banking

<sup>1</sup> Monatliches Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen; girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Voraussetzungen: Gehalts-/Bezügeingang, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.